

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1111. Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 161. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 21. Oktober 1,00 Mark. Abnehmer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig. Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 30 Millimeter breite Kellamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 254.

Magdeburg, Mittwoch den 29. Oktober 1924.

35. Jahrgang.

Der Kampf ums Weiße Haus.

Am ersten Dienstag im November — also diesmal am Dienstag nächster Woche — findet die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten statt. Das Prophezeien über den Dienstag — von jeher keine leichte Aufgabe — ist diesmal besonders schwierig. Vor einem solchen Mästel wie diesmal hat man in der Union noch nie gestanden. Die Selbstsamkeit liegt nun weniger darin, daß eine neue, eine dritte Partei, mit um die Präsidentschaft wirbt — denn das war schon öfter da —, sondern darin, daß durch diesen neuen Wettbewerber, wie groß oder wie niedrig man auch seinen Erfolg ansehen mag, es leicht verhindert werden kann, daß überhaupt einer von den drei Kandidaten ins Weiße Haus einzieht. Mit dieser Möglichkeit wird in allen Lagern ernstlich gerechnet.

Vergleichen haben sich die beiden alten Parteien nicht träumen lassen. Vor einem Jahre noch wäre niemand auf den Gedanken gekommen, bei der diesjährigen Wahl werde eine neue Partei erscheinen, die den Demokraten wie den Republikanern gleichermaßen gefährlich werde. Dies hätte schon der Hinweis auf die Ueberlieferung, Verissenheit, organisatorische Uebermacht und Kapitalkraft der alten Parteien als Hirngeispinn dargetan. Und dennoch ist das schier Unmögliche Tatsache geworden. Die neue Partei, die man die fortschrittliche bezeichnet, verfügt über keine Parteimaschine, besitzt keine der großen Tageszeitungen, kann nicht auf die Millionen der Trusts zählen, kann folglich nicht Zehntausende von Wahlhelfern anstellen, keine Musikanten, Marktschreier und Komödianten besolden — und trotz all dieser im Dollarlande unvergleichlich schweren Nachteile gibt die neue Partei der Wahlbewegung das Geprägte, stellen ihre Versammlungen die der Gegner in den Schatten, flattern ihre Zeichen in allen Gassen, kurz nimmt sie die öffentliche Aufmerksamkeit dermaßen in Anspruch, daß sich — ein beispielloses Vorgang im Trustlande — die großkapitalistische Presse fast mehr mit ihr als mit ihren eignen Parteien und Kandidaten beschäftigt muß. Eine dritte Partei von solcher Eindruckmächtigkeit hat das Land der unbegrenzten Möglichkeiten noch nicht gehabt.

Die neue Partei ist aus der

von Gewerkschaften eingeleiteten

Bewegung für fortschrittliche politische Aktion hervorgegangen. Als ihre Vanneträger wählten die beiden Senatoren La Follette und Wheeler, wovon der erste für die Präsidentschaft, der andre für die Vizepräsidentschaft kandidiert. Sie gehörten dem linken Flügel des Republikaner, den „Insurgenten“, an und sie sind durch ihre Tätigkeit in ihren Heimatstaaten Wisconsin und Montana wie im Bundes-senat in guter Erinnerung. Ob diese dritte Partei die Schnellebigkeit der frühern dritten Parteien teilen wird, hängt von elliichen Umständen, insbesondere aber von ihrem Erfolge am 4. November, ab. In ihrem Schoße haben sich zusammengefunden der Gewerkschaftsbund, die großen, außerhalb seiner Reihen stehenden Eisenbahnerverbände, die sozialistische Partei und ein erheblicher Teil der Farmer. Jede dieser Körperschaften fordert zur Unterstützung der fortschrittlichen Wahl-listen auf und stellt für diese ihre Kräfte zur Verfügung. Und man kann getrost annehmen, daß vielleicht die Mehrheit der Weger als auch die radikalen Kreise des Bürger-tums und die liberalen Haufen der beiden alten Parteien mit dem fortschrittlichen Stimmgittel zur Urne gehen werden.

Für die Republikaner kandidiert der gegenwärtige Präsident Coolidge.

Er ist nicht nur durch eignes Verdienst, sondern durch den Tod Harding's ins Amt gebracht. Daß er über nennenswerte staatsmännische Fähigkeiten verfüge, wagen selbst seine Anhänger nicht zu behaupten. Auf eine erfolgreiche Tätigkeit als Präsident kann er nicht gut verweisen. Seine Haltung gegenüber den Korruptionskandalen, die während seiner Amtszeit öffentlichen Ekel entfiachten, war recht fragwürdiger Art. Von ihm läßt sich nur sagen, daß das großkapitalistische Geschäft unter seiner Verwaltung wohl versorgt war und weiter sein wird.

Der politische Leumund seines demokratischen Mitbewerbers Davis

ist eher noch ungünstiger. Bevor er als Produkt der Verlegenheit aus dem demokratischen Parteikongreß hervorging, mußte das Land von seinem Dasein soviel wie nichts. Er war eine Zeitlang Gesandter in London, wo er sich bei einem Teil seiner eignen Parteianhänger verdächtig gemacht hat, dann ist er der Rechtsanwält des Finanzkönigs Morgan,

wodurch er die Masse der Arbeiter und Verbraucher abtöpt. In den großen politischen Fragen verhalten sich Coolidge und Davis gleich, das heißt, sie reden als vorsichtige Männer drum herum. Dies ist vornehmlich der Fall bei den Fragen, die den Gewerkschaften und den Sozialisten am Herzen liegen, wie die Beseitigung des Einhaltsbefehls, der Lohnkämpfe unterdrückt und die gewerkschaftliche Tätigkeit lähmt, dann bei der Einschränkung der Allmacht der Gerichte, der Verstaatlichung der Bahnen und Bergwerke wie bei der Bescheidung der Allgewalt der Monopole. Diese alten Forderungen der arbeitenden Schichten werden nur von La Follette vertreten.

Nun spielen in der Wahlagitiation der Vereinigten Staaten die politischen Fragen von jeher eine unbedeutende Rolle; sie werden meist überschattet von dem

Streit um die Persönlichkeit der Kandidaten

Diese Regel wird auch diesmal wieder bestätigt, wenn auch nicht ganz so ausdrücklich wie ehemals. Selbst bei dieser Art der Wahlpropaganda ist die neue Partei im Vorteil, da ihre beiden Vanneträger, was Grundsatze und persönliche Neuschaffungen anbelangt, den gegnerischen Kandidaten beinahe überlegen sind. Zudem, trotz der Ueberlegenheit in der Persönlichkeit der Kandidaten und des Programmes der dritten Partei, läßt sich die Frage, ob La Follette ins Weiße Haus einzieht, weder nach der einen noch nach der andern Seite mit einiger Sicherheit beantworten. Es sind nun nicht die niederschlagenden Enttäuschungen, die mit allen frühern dritten Parteien gemacht sind, was die Antwort schwer macht, auch nicht gerade die Unbestimmbarkeit der Wirkung, die die Demokraten und Republikaner mit ihrer rücksichtslos eingeleiteten finanziellen und journalistischen Uebermacht zu erzielen vermögen. Was die Antwort schwer macht, ist die Ungewißheit über das Verhalten der vielen Millionen Nichtwähler.

Bei der letzten Präsidentenwahl haben von den 54 Millionen Wahlberechtigten bloß 49 Prozent gestimmt. Ob die 27,5 Millionen Nichtwähler von der Gesinnungslumperei der alten Parteien oder von politischer Gleichgültigkeit oder von andern Gründen bestimmt wurden, der Urne fernzubleiben, vermag natürlich niemand zu wissen. Es kann jedoch als sicher gelten, daß durch das Auftauchen der neuen Partei, deren Ruf laut durch alle Industriegegenden schallt, sowie durch die mit beispiellosem Geld- und Kraftaufwand betriebene Agitation gewaltige Scharen der Nichtwähler auf die Beine gebracht werden. Werden sie der Tradition folgen oder einen Kurswechsel vornehmen? Da hierauf nur der Wahltag die Antwort geben kann, so ist es unmöglich, zu sagen, wem der Sieg in dem Kampf ums Weiße Haus zufallen wird.

Allein, wie hoch oder wie gering man auch den Wahlerfolg La Follettes veranschlagen mag, darüber ist man sich allgemein einig, daß er

einen so verzwickten Zustand

schaffen kann, wie ihn die Vereinigten Staaten kaum jemals gesehen haben. Wenn es nämlich La Follette gelingt, nur in fünf oder sechs Staaten die Mehrheit der (Präsidenten-) Wahlmänner zu erlangen, so vermag keiner der beiden andern Kandidaten die vorgeschriebene absolute Mehrheit zu erobern. Es hätte dann das Abgeordnetenhaus von den drei Kandidaten den Präsidenten zu bestimmen. Da aber hier die Abgeordneten nicht persönlich, sondern staatsgruppenweis — jeder Staat eine Stimme — abzustimmen haben, so ist es ganz und gar nicht unwahrscheinlich, daß sich das selbe Stimmverhältnis, der gleiche ausweglose Zustand ergibt. Laut Verfassung hätte nun der Senat von den beiden erfolgreichsten Kandidaten für die Vizepräsidentschaft das Staatsoberhaupt zu erküren. Wenn unter den beiden Kandidaten der der neuen Partei, Wheeler, sein sollte, dann ist es, nach dem Parteiverhältnis, der Stimmung und einigen Inponderabilien zu urteilen, nicht gerade unmöglich, daß Wheeler zum Präsidenten erkorren wird.

Oder auch gar keiner,

wenn die Vertreter der ins Hintertreffen geratenen Partei durch Fernbleiben die Beschlußfähigkeit des Senates verhindern sollten. In diesem Falle würde dann der gegenwärtig amtierende Staatssekretär des Meßern, Hughes, automatisch zum Herrn des Weißen Hauses werden.

Wie man sieht, kann es tatsächlich zu einem recht verzwickten Zustand kommen. Doch ist dieser für uns von viel geringerm Belang als die Tatsache, daß bei dieser Wahl die geistige, politische und soziale Umsichtung zum Ausdruck kommt, die sich seit dem Kriegsende in allen Ländern

vollzieht. Diese Umsichtung ist in England, Frankreich, Dänemark und Australien schon zu politischer Tat gediehen. Und wenn sich nun zu ihnen die Vereinigten Staaten, das finanziell, wirtschaftlich und politisch so ungeheuer mächtige Land gesellte, so wäre dies für die nach Frieden, Fortschritt und Freiheit strebende Menschheit ein gewaltiger Gewinn. —

Fritz Nummer.

Zentrum für Schwarzrotgold.

Am Montag begann der Parteitag des Zentrums in Berlin, der von über 300 Delegierten besucht ist. Der bisherige Verlauf der Tagung ist für die Deutschnationalen und mehr noch für die Deutsche Volkspartei eine herbe Enttäuschung. Zwar hat Reichskanzler Marx es abgelehnt, sich prinzipiell gegen eine Koalition mit den Deutschnationalen auszusprechen; er aber und alle ihm folgenden Referenten ließen keinen Zweifel daran, daß eine Regierungsbildung nur mit solchen Parteien möglich ist, die sich rückhaltlos zur Verfassung bekennen und jeden gewalttätigen Angriff abzuwehren bereit sind; gefordert wird weiter die Bereitschaft, die jetzige Außenpolitik, die so viel geschmähte Erfüllungspolitik, loyal weiterzuführen. Das wird die Deutschnationalen in böse Verlegenheit bringen, denn sie führen jetzt wieder den Wahlkampf nach der Methode vom 4. Mai, d. h. sie reden und hegen gegen die Politik, die sie zu machen bereit sind, wenn sie nur einige Ministerstühle bekommen.

Die Deutsche Volkspartei ist in nicht minder übler Lage. Sie hatte auf diesen Zentrumsparteitag große Hoffnungen gesetzt. Sie glaubte, der rechte, schwarze weiße Flügel des Zentrums werde einen Sieg erringen und für den Wahlkampf eine Parole ausgeben, die sich gegen Demokraten und Sozialdemokraten richtet. Aber schon die Auswahl der Referenten zeigte, daß die Führer des Zentrums an ein schwarzrotgoldenes, demokratisches Deutschland glauben. Es sprachen Marx, Fehrenbach und Dr. Wirth, alles Männer, die sich scharf gegen die Bürgerblockideen wenden. Und die Delegierten? Mit ärmlichem, minutenlangem Beifall wurde Wirth, der „katholische Sozialdemokrat“, wie ihn deutschnationale und volksparteiliche Zeitungen nennen, empfangen!

Unter diesen Umständen ist es von Bedeutung, wenn sich alle drei Hauptreferenten ausdrücklich zu Schwarzrotgold bekennen; denn immer deutlicher wird, daß die Frage: Schwarzrotgold oder Schwarzweißrot? mehr ist als ein Streit um Farben des Reiches; Schwarzrotgold und Schwarzweißrot sind zu Symbolen zweier Geistesrichtungen geworden, die um die Herrschaft in Deutschland kämpfen. Außenpolitisch handelt es sich darum, die Folgerungen aus dem Weltkrieg zu ziehen und zu wählen zwischen dem Weg über den Völkerbund zu neuer Weltgeltung des Deutschen Reiches oder dem Versuch, in einem neuen Kriege die verlorene Stellung zurückzugewinnen.

Innenpolitisch geht der Kampf um den Aufstieg der Arbeitererschaft zu einer politischen Macht, die zu ihrer Zeit die Geschichte des Volkes leitet. Mit dem Umsturz im November 1918 schien der Machtanspruch der Arbeitererschaft ein vom Bürgerthum anerkannter geworden zu sein, was seinen ideologischen Ausdruck in dem Bekenntnis zur Verfassung von Weimar fand. Inzwischen zeigte eine rückläufige, reaktionäre Bewegung ein, die mit Mitleiden der Gewalt die Herrschaft des Besitzes und die Niederhaltung der Arbeitererschaft aufzurichten gewillt ist. Die schwarzweißrote Fahne ist das Symbol dieser Bewegung, deren aktivsten Elemente sich selbst mit dem Hakenkreuz auszeichnen. Gewiß gibt es schwankende Elemente in beiden Lagern; es gibt ganze Parteien, die auf Stimmen der Immer-Schwankenden spekulieren. Im Herbst 1918 waren sie im Lager von Schwarzrotgold und seit dem Kapp-Putsch sind sie schwarzweißrot. Die Deutsche Volkspartei ist das Sammelbecken dieser Elemente, die zu einer klaren Entscheidung zu feig sind und stets auf die Seite treten, wo sie glauben, daß der Stärkere steht. Die eigentlichen Herrscher der Partei sind zuverlässig reaktionäre, vermeiden aber, soweit es nur möglich ist, sich selbst zu exponieren und sind gern bereit, die Gewaltanwendung gegen die Arbeitererschaft zu dulden und zu finanzieren, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die Geschäfte nicht allaufgeht hört werden werden.

Der Parteitag des Zentrums war eine runde Abgabe einmal an den Geist der Gewalt und zum andern an die schwarze weiße Schleier um Strefemann. Die Massen des Zentrums stehen zu Schwarzrotgold, die Vertreter schwerindustrieller und großagrarischer Interessen sind in den Hintergrund gedrängt. Dieser Wahlkampf wird die schwarzrotgoldene Front zusammenschweißen und wenn nicht die endgültige, so fällt doch sicher eine Vorentscheidung in dem gewaltigen Kampfe zwischen Schwarzrotgold und Schwarzweißrot. Der Kampf muß ausgefochten werden; die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei muß ihn in vorderster Linie führen, denn nur der Sieg der Demokratie sichert den Frieden Europas und schafft die Voraussetzungen für seine sozialistische Gestaltung.

Das Beispiel der Hamburger Wahl.

Die Hamburger Bürgerchaftswahlen haben den erfreulichen Beweis gebracht, daß, gemessen an den Wahlergebnissen der letzten Reichstagswahl alle Parteien außer der sozialdemokratischen, empfindlich an Stimmen eingebüßt haben. Die Sozialdemokratie hat trotz der starken Wahlfäulnis eine Vermehrung ihres Wählerbestandes erzielt. Die Verminderung der Sitze der Sozialdemokratie und der Demokraten ändert absolut nichts an dem guten Ergebnis. Allein entscheidend ist der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber den letzten Reichstagswahlen. Er zeigt uns, daß es sicher wieder aufwärts und vorwärts geht.

Wichtig ist insbesondere die Schwächung der ausgesprochenen Feinde der Republik, der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten. Die Deutschnationalen haben, obwohl ihr Wahlbestand mit einem noch nicht dagewesenen Aufwand von Geld, Material und Menschen betrieben worden ist, mehr als 25 Prozent an Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl eingebüßt; der Verlust der Völkischen ist rund 65 Prozent und der der Kommunisten rund 33 Prozent.

Die Blätter der Rechten versuchen das Hamburger Wahlergebnis durch allerhand Rechtfertigungen ihren Lesern schmackhaft zu machen und — da sie trotz aller Kunst im Lügen — einen Wahlsieg der Deutschnationalen und der Völkischen nicht zu konstruieren wagen, ihre Getreuen von der Hamburger Pleite durch einen Hinweis auf den Mandatsverlust der Sozialdemokratie abzulenken. Die „Deutsche Tageszeitung“ ergeht sich in Betrachtungen über die Bildung der neuen Hamburger Regierung. Mit einer Kränze im Auge konstatiert sie, daß trotz Zusammenraffung aller bürgerlichen Sitze eine bürgerliche Regierungsmehrheit doch nicht möglich sei. Und sie frohlockt, daß die Volkspartei mit den bisherigen Inhabern der Mehrheit, den Sozialdemokraten und Demokraten, nach allem in letzter Zeit Geschehenen nicht zusammen arbeiten werde.

Den Vogel unter allen Blättern schießt das Organ Stegerwalds „Der Deutsche“, der die Interessen der christlichen Gewerkschaften zu vertreten vorgibt, ab, der triumphierend das Hamburger Wahlergebnis übertrifft: „Die rote Mehrheit in Hamburg bejagt.“ Von einer roten Mehrheit konnte in Hamburg keine Rede sein. Das wissen alle. Nur die Stegerwaldleute haben das in ihrer Angst um die Verluste der Deutschnationalen vergessen.

Hamburg hat einen Schritt vorwärts getan. Am 7. Dezember wollen wir den Hamburgern zeigen, daß die Sozialdemokratie im ganzen Reich noch weit über den Hamburger Sprung hinaus an Macht und Geltung gewinnt.

Vom deutschen Oberlehrer.

Der preussische Kultusminister, der Volksparteiler Voelky, hat im Hauptauschuß des Preussischen Landtags das bekannte Wort von dem preussischen Schulmeister, der die Schlacht bei Sedowa gewonnen habe, variiert und gesagt, der deutsche Oberlehrer habe den Weltkrieg verloren.

Das Wort ist dem Kultusminister sehr übelgenommen worden. Am Sonntag war in Berlin eine Versammlung der Schuldirektoren von Berlin, vor der sich Voelky verteidigte. Er führte aus, das im Volksmunde kursierende Wort, das er nur übernommen habe, müsse doch den Pädagogen Stoff zum Nachdenken geben und ihnen zugleich beweisen, daß unter allen Umständen diesem Krieg eine Reform der höheren Schulen folgen müsse. Es werde ja von bestimmten Seiten immer so dargestellt, als ob diese nicht nötig sei, indessen stelle sich doch stets bei so großen Umwälzungen die Notwendigkeit heraus, auch das Erziehungsweisen von neuem zu durchdenken und auch neu zu gestalten.

Wir sind mit Voelky durchaus einverstanden. Wer das Treiben nationalistischer Oberlehrer und Professoren auf unsern höheren Schulen und Universitäten vor, während und erst recht nach dem Kriege beobachtet, der wird begreifen, was gemeint ist, wenn vom Oberlehrer gesprochen wird, der den Krieg verloren hat. Neben den Richtern sind es die Lehrer an den höheren Schulen, über die sich eine Wolke von Haß und Zorn zusammengelassen hat, die sich früher oder später einmal entladen muß.

Die blasse Angst.

Die „Magdeburgische Zeitung“ ist wegen eines Aufrufs des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold scharf aus dem Häuschen geraten. Dabei wird in dem Aufruf lediglich festgestellt, daß sich die Deutsche Volkspartei zur monarchistischen Reaktion bekennet, mit den Deutschnationalen aufs engste verbündet den Bürgerhaß gegen die Republik erstrebt. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, die Deutsche Volkspartei gehöre zu jenen Parteien, die als Gegner des Reichsbanners zu betrachten und demgemäß im Wahlkampf zu behandeln sei.

Die „Magdeburgische“ leift und freischt im Alten-Jungferndisput: „Standal, politische Dummheit, glatte Unwahrheit, glatte Gemeinheit, dumme und alberne Annahme.“ Warum so aufgeregt? Hat nicht Herr Strefemann auf dem Parteitag in Hannover vom „Völkereifer“ gesprochen, zu dem sich die Deutsche Volkspartei bekennet? Hat er nicht in Hamburg dem Reichsbanner den Fehdehandschuh hingeworfen? Wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus. Darüber können sich nur Leute wundern, die am Montag mittag die Hamburger Wahlen als schwere Niederlage der Sozialdemokraten und Erfolge der Deutschnationalen und Kommunisten bezeichnen und am Montag abend das genaue Gegenteil feststellen müssen. Von gleicher Höhe sind die Bemerkungen der „Magdeburgischen“ über Zentrum und Republik. Der Zentrumsparteitag hat sich ausdrücklich zu Schwarzrotgold bekannt und die „Magdeburgische“ aufs Maul geschauen.

Aus den Bemerkungen der „Magdeburgischen Zeitung“ spricht die blasse Angst vor den Wahlen. Die schwarz-weiße Rechte wird zusammengehauen — Hamburg ist ein lehrreiches Beispiel! — und die mit den Deutschnationalen auf Gedeih und Verderb verbundene Volkspartei wird die Prügel mitbezogen. Die „Magdeburgische“ ahnt, welche Verketzung die Parole

Schwarzrotgold ausübt, dank der Arbeit des Reichsbanners. Die Volkspartei ist nach rechts abgerutscht, ihr Bündnis mit den bürgerlichen Mittelparteien hat eine Kluft zwischen ihr und den bürgerlichen Mittelparteien aufgerissen. Daraus ist nicht die Reichsbanner, sondern allein die Deutsche Volkspartei selbst schuld und wenn das Reichsbanner gegen die Strefemann zu zieht, so ist das nichts anderes als die Folge der völkischen Haltung gegenüber der schwarzrotgoldenen Bewegung.

Kautskys Dank.

Genosse Kautsky sendet aus Wien folgendes Schreiben an die sozialdemokratische Presse:

Liebe Genossen! Anlässlich meines 70. Geburtstages ist mir eine solche Fülle von Glückwünschen zugegangen, daß mir ganz unendlich ist, auch nur den nächststehenden meinen Freunden brieflich zu danken.

Ich bitte Sie alle, den Dank entgegenzunehmen, den ich an dieser Stelle ausspreche.

Weiter muß ich für meine Kampfgenossen in Deutschland den Dank mit einem Abschiedsgruß verbinden.

Persönliche Gründe haben mich veranlaßt, nach Wien zu übersiedeln. Der Entschluß ist mir nicht leicht geworden. Ich hätte ich doch den größten Teil meines Lebens hindurch — seit dem Januar 1880 — der deutschen Sozialdemokratie angeschlossen. Jede Nationalität steht, so sehr mir das Bedauern jedes Menschen liegt, die deutsche Sozialdemokratie bildete die Boden, in dem die stärksten Wurzeln meiner Kraft lagen, die meine reifsten Schöpfungen entsprossen. Und seitdem die unglücklichen Folgen der zuerst innerlichen und dann auch äußerlichen Spaltung im Krieg und ihre Nachwehen überhandnahmen und die deutsche Sozialdemokratie wieder einig dastand, fühlte ich mich mit ihr so eng verbunden wie nur je.

Ich wäre nicht aus ihrem Bereich geschieden, wenn ich mich die Kraft in mir fühlte, die Verbindung theoretischer mit praktischer Arbeit, wie ich sie bisher geübt, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Ganz werde ich diese Verbindung nicht verlieren können. Sie gehört zum Wesen des Marxismus, der die Theorie durch die Theorie befruchtet, und umgekehrt, und dadurch beide auf ein höheres Niveau hebt, wie ja auch für den Fortschritt der modernen Naturwissenschaft der enge Zusammenhang von Experimentation und Laboratorium unerlässlich ist.

Aber wenn ich die Bücher, die ich in meinem Kopie trage, noch fertigbringen soll, werde ich in den Jahren, die mir noch bleiben, mich doch vornehmlich auf ihre Abfassung konzentrieren müssen. Ich erwarte, dabei die Hilfe meiner Söhne zu finden, die alle in Wien leben, und sie mit meinen Arbeiten vertraut zu machen, daß sie eventuell imstande sind, sie zu Ende zu führen, wenn ich vor ihrer Vollendung absterben werden sollte.

Diese Erwägung trieb mich nach Wien.

Aber meine geistige Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie wird dabei in keiner Weise gelodert, und ich hoffe, auch meine organisatorische Trennung von ihr wird nur vorübergehend sein.

Die Kriegssphäre beginnt überall rasch zurückzugehen, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird diesen Prozeß beschleunigen. Und so dürfte der Tag nicht fern sein, an dem unter freudiger Zustimmung der Völker die Schranken fallen, die heute noch Österreich und Deutschland hindern, in freier Selbstbestimmung sich zu vereinigen.

Ich hoffe, zu sterben, wie ich sagt ein halbes Jahrhundert lang gelebt: als Mitglied der deutschen Sozialdemokratie.

Nochmals herzlichen Dank Euch allen!

In alter Treue Euer Karl Kautsky.

Helfer der Reaktion.

Die englische Regierung hat am Freitag zwei Dokumente veröffentlicht, die im Lande größtes Aufsehen erregt haben und wahrscheinlich auch von großem Einfluß auf das Wahlergebnis sind.

Das erste dieser Dokumente ist ein Brief des Präsidenten der Kommunistischen Internationale Sinowjew an die englischen Kommunisten. In diesem Briefe wird die englische Arbeiterpartei aufgefordert, mit der größten Energie für die Ratifikation des englisch-russischen Vertrages und gegen die Bemühungen der englischen Kapitalisten, ihn

Kleines Feuilleton.

Kammermusikabend der Volksbühne.

Um die Kammermusikpflege sieht es derzeit schlecht in Magdeburg. Nicht allein, daß es unsre Konzertsäle nicht den berühmten Kammermusikvereinigungen, die man in Halle etwa jeden Augenblick zu hören bekommt — es sei an Klingler, an Kojé erinnert, an das Marx-Quartett, an das Roth-Quartett! — hienherkommen zu lassen; an diesem Nebel tranken wir schon seit Tage und Tag. Die Saalfrage ist in diesem Herbst in ein besonders kritisches Stadium getreten. Die „Stadtmission“, die „Garnison“ werden umgebaut. Der „Fürstendof“-Saal, der die beste Musik hat, ist seiner musikalischen Bestimmung entzogen worden. Ob die „Altstädter Bürgerhalle“ ausfindig brauchbar sind, habe ich noch nicht erproben können. Offenbar können sie auch nicht so oft für Konzerte benutzt werden, wie es bei der allgemeinen Konzertsaalknappheit notwendig wäre. Kurzum: wenn ganz ausnahmsweise einmal eine auswärtige Quartettvereinigung wie nennlich die von Busch für Magdeburg gewonnen wird, darf sie in einem so vollkommen ungeeigneten Lokal wie dem Konzertsaal musizieren, was aus künstlerischen Gründen ihr Programm verkümmern und kann sich selbst dann noch nur so schlecht durchsetzen, daß man ihre Absichten errät, aber nicht zu erkennen und zu beurteilen vermag. Das ist höchst bedauerlich und macht leider der Stadt Magdeburg noch dem Kaufmännischen Verein besondere Ehre: wenn man kein würdiges und brauchbares Lokal aufstreifen kann, läßt man ein Konzert lieber ausfallen.

Ganz so schlimm ist es in der „Freundshaus“ nicht. Freilich ist auch dieser Saal klimmungslos und allzu sehr zu beengten. Das schlimmste sind die schweren Stoffvorhänge, die so viel Ton einschlucken, wenn unentbehrlich vor ihnen musiziert wird. Vom Volkmanntrio, das nach die Volksbühne erprobungswürdig versprochen hatte, wurde der Cellist, Walter Busch, aus weissen benachteiligt. Aber auch Otto Kohn konnte sich nicht so entfalten, wie wir es sonst von ihm gewohnt sind. Der Volkmanntrio nannten sich die „Vier Hühner“. Die soll man bei solchen Gelegenheiten zu einem vollen Genus der wiedergegebenen Werke kommen? Es gab ein Trio in C-Moll von Brahms, rühmlichst erprobt und höher als viel Liebe gespielt. Aber es konnte natürlich nicht harmonisch und leidenschaftlich klingen. Die Violinsonate von César Franck wird, je öfter man sie hört, um so leichter. Der beliebige Meister hat es sich doch ein bißchen bezaubert gemacht: viel Ähnlichkeit zwischen Mozart und Beethoven, wenigstens in den ersten beiden Sätzen, und einige bedeutend interessante Wendungen, die hauptsächlich die Sanktion freier — Schumann hat auch hier, wie bei der ganzen neuern Kammermusik, die langsam nicht ausgenommen, Pate gefunden.

Das E-Moll-Trio von Max Reger dürfte auch beim zweiten Malen noch für viele ein harter Biß gewesen sein, wenn am Ende des Programms. Und doch bezauberte dieses Werk wohl die werthvolle Gabe des Herrn Reger ist, wie das bei Rühmlichkeiten nicht allgemein ist. Dieses E-Moll-Trio

ist sicher eins seiner am besten gelungenen Schöpfungen. Zwar erwidert die Einleitungssätze mit seiner zerkleinen Thematik und seiner überlangen Insdehnung etwas, Scherzo aber, Largo und Schlußsatz sind von einer Klangschönheit, die man bei diesem Meister nicht häufig trifft. Die Verwendung von Ganztonskalen, die schon hart bis an die Finalität, die Aufhebung des Tonartbegriffs überhaupt, heranzuführt, von exotischen Harmonien und primitiven Rhythmen, zusammen mit einer ganz unmelodischen Thematik, rückt diese Musik meilenweit von Brahms weg, an den doch formal noch manches erinnert, in nächste Nachbarschaft eines Debussy oder Schönberg.

Mit der Wiedergabe dieses hochinteressanten und tiefgründigen Werkes, das nicht in allen Teilen dankbar ist — es gibt für das Cello darin tolle Stellen! — haben sich die vortrefflichen Künstler, die mit Wärme begrüßt wurden, wiederum ein großes Verdienst erworben. Man feierte sie denn auch mit gewissem berechtigtem Beifall. Otto Volkman hat das tiefe Bedauern herausgehört dürfen, das jeder wahre Musikfreund über seinen Weggang noch heute empfindet. Er ist noch immer nicht ersetzt.

Nachtrag zu den Pastorheiten.

Pastor Görnandt von St. Johannis hat uns eine „Rechtigung“ geschickt, die sich auf zwei Punkte unserer Kritik an seinem Vortrag „Luther und die Revolution“ bezieht. Er schreibt:

1. Ich habe in dem Vortrag an keiner Stelle behauptet, daß keine Notlage der Bauern in der Zeit des Bauernkriegs vorhanden war. Ich habe lediglich dargelegt, daß diese Not nicht herausgewachsen war aus der materiell und sozial schlechten Lage des Bauernstandes im allgemeinen (daß diese nicht so schlecht gewesen sein kann, wie man bisher vielfach annahm, geht aus den Luzzugesehen der damaligen Zeit und den Aufnahmen des Vermögensstandes nach dem Bauernkrieg zur Abschätzung der Strafe hervor), sondern entstanden ist aus den unheimlichen politischen Verhältnissen der damaligen Zeit: dem Zerfall des Römischen Reiches heutiger Nation, dem Kampf der Stände untereinander, der Zentral- und Territorialgewalten usw., bei dem die Bauernschaft die Hauptlasten zu tragen hatte und den schwersten Willkürakten ausgesetzt war.

2. Ich habe nicht nach dem Grundsatze: „Der Zweck heiligt die Mittel“ Laffalle einen ganz unzulässigen Anspruch anzuerkennen, sondern habe gesagt, Laffalle habe die These abgelehnt, als sei der Bauernkrieg ein Vorläufer der sozialen Revolution, und sogar die andre aufgestellt, daß er im Gegenteil einen durchaus reaktionären Charakter trage, da nicht der Sozialismus, sondern die Feudal- und Säkular- und Erbschaftsgüter sein Ziel gewesen sei. Die Wichtigkeit des Gegenstandes ist nachzulesen in „Das dem literarischen Nachlaß von A. Marx, Dr. Engels und F. Laffalle, herausgegeben von Franz Mehring, Band IV, Stuttgart 1902, S. 174 ff.

Der Herr Pastor Hoff, das diese Gründe genügen werden

die Nichtigstellung zu veranlassen. Selbstverständlich: wir gehen mit Vergnügen darauf ein. Weshalb auch nicht?

Zunächst einmal haben wir, da wir nun leider einmal zu Kirchgangern nicht taugen, nach dem „Hauptblatt Mitteldeutsche“ zitiert, in dem mit keinem Wort auf die kleine Unterscheidung des Herrn Pastors zwischen der „materiellen und sozialen Lage des Bauernstandes im ganzen“ und den Folgen der „unheimlichen politischen Verhältnisse der damaligen Zeit“ hingewiesen, sondern treudeutsch und ehrlich behauptet wird:

Er wies darauf hin, daß nach den neuen Geschichtsforschungen an sich gar keine Notlage der Bauern vorhanden gewesen sei.

Wir nahmen an, daß der Berichterstatter des Superintendentenblattes sich hüten würde, den Pfarrer von St. Johannis in Schwülstigkeiten zu bringen. Natürlich ist diesem Blatte sofort von seiner Seite eine Verächtigung zugegangen? Und wäre ihm auch dann zugegangen, wenn wir gar nicht auf den Vortrag zurückgekommen wären? Nicht wahr? Man legt ja so großen Wert auf die Unterscheidung zwischen „wirtschaftlich-sozialer“ und „politischer“ Notlage. Wir müssen besänftigt eingestehen, daß wir dem Herrn Pastor nicht in alle Ecken seines Gedankenlabirinth zu folgen vermögen. Für uns folgt die politische Erhebung unmittelbar aus den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen. Was beweisen gegen die allgemeine Notlage ein paar „Luzzugesehe“, was die Aufnahme des Vermögensstandes nach dem Kriege „zur Abschätzung der Strafe“? Luzzugesehe sind stets Unterdrückungsmittel gewesen: man hat es für nötig erachtet, die Kluft zwischen obern und untern Ständen durch Steuerordnungen und allerlei Vorschriften in bezug auf die Lebenshaltung zu beseitigen und zu vertiefen. Die Despoten des 18. Jahrhunderts haben ihre ausgefogenen Bürger immerzu mit „Luzzugesehen“ drangsalirt, um sie nur ja nicht zu Atem kommen zu lassen. Luzzugesehe sind Justiztritte für den Paria. Wenn der Pfarrer von St. Johannis bei den wohlhabendsten Damen seiner Gemeinde Umfrage hielt, was würden die ihr alles vorzulegen von dem unerschämten Aufwande, den ihre Dienstmädchen und die jungen Fabrikarbeiterinnen am Sonntag treiben! Das Lächeln stammt nicht erst von heute, sondern ist ja alt wie die Klassenunterschiede in der Gesellschaft.

Ebenjowenig aber ist mit der Feststellung der Vermögen anzufangen, die man zur Abschätzung der Strafen veranlaßt hat. Es liegt doch klar auf der Hand, daß man prinzipiell zu hoch gegriffen hat, um nur ja recht viel herauspressen zu können. Unsere Steuerbehörden pflegen, wenn es sich nicht gerade um abgejagte Füllschädeln oder Großagrarien handelt, sich auch nicht nach unten hin zu irren bei der Feststellung der Vermögen und Einkommen. Aber wozu schlagen wir uns mit theoretischen Erörterungen und „Forschungen“ herum, die von irgendwelchen Klasseninteressen diktiert sind, wenn wir von Pastor Görnandts Gewährsmann selber die allgemeine Notlage der deutschen Bauernschaft bestätigt bekommen? Will Herr Görnandt etwa lutherischer sein als Luther selber, der an die Fürsten

Radiodienst der Volkstimme.

Am Mittwoch Wahlen in England.

London, 28. Oktober. Am Mittwoch wird die englische Wahlkampfzeit geschlossen. Bis Mittwoch nacht sind lediglich die Wahlergebnisse von 224 der 564 Wahlkreise zu erwarten. Die übrigen Wahlergebnisse werden erst am Donnerstag und die letzten sogar erst am Freitag festgestellt werden. Unter den erst für Donnerstag zu erwartenden Ergebnissen befinden sich auch die Wahlkreise verschiedener Minister des Kabinetts Macdonald, und zwar Macdonald selbst, der Schatzkanzler Snowden, der Handelsminister Webb und der Gesundheitsminister Wheatley.

Die Gerüchte über die Möglichkeit einer Niederlage Macdonalds sind völlig unbegründet. Eingegen ist die Wahl Asquiths zweifelhaft. Nach Berichten aus allen Teilen des Landes ist die Lage für die Arbeiterpartei günstig, wenn auch immer deutlicher wird, daß die Gegnerschaft mit dem Briefer Sinowjew, dessen Echtheit immer noch umstritten wird, ihre Wirkung erzielt hat.

Der russisch-englische Konflikt.

London, 28. Oktober. Der Montag brachte eine weitere Entwicklung der die Deffenlichkeit sehr erregenden russischen Angelegenheit, bei der es sich um einen Brief Sinowjews an die englischen Kommunisten handelt, die die Arbeiterpartei revolutionieren. Der Vertreter Russlands — Katschikoff — befreit ganz entschieden die Echtheit des Briefes, während die Konservativen nun ihn als Mittel gegen Macdonald benutzen, der den Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat.

Katschikoff handigte dem Answärtigen Amt eine offizielle Note aus, in der er eine Entschuldigung von der britischen Regierung und die Bestrafung aller für die Täuschung verantwortlichen privaten und amtlichen Personen verlangt, sowie im Interesse der guten britisch-russischen Beziehungen die Einsetzung eines Schiedsgerichts zwecks Prüfung der Angelegenheit verlangt. Gleichzeitig wurde von dem Foreign Office (Answärtiges Amt) mitgeteilt, daß an der Echtheit des Dokuments keinerlei Zweifel bestehen können.

Unmehrer hat auch Macdonald das Schweigen gebrochen und in einer Rede in Cardiff die Geschichte der Note an Katschikoff dargestellt. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß Macdonald erst inmitten des Wahlkampfes am 16. Oktober in den Besitz des Dokuments gekommen ist und für den Fall, daß sich die Echtheit des Dokuments später erweisen sollte, dem Foreign Office den Auftrag gegeben habe, eine Note vorzubereiten. Der verfaßte Entwurf wurde von Macdonald abgeändert und schließlich vom Foreign Office veröffentlicht, ohne Erlaubnis Macdonalds. Es hat den Anschein, als ob Macdonald diesen Schritt als übereilt betrachtet und mit den meisten Ministern das Dokument für eine Fälschung hält. Er könne, so führte er aus, sich des Verdachts nicht erwehren, daß die ganze Sache ein konservatives Wahlmanöver sei. Durch Macdonalds Rede sind die bürgerlichen Aufschubungen völlig zusammengebrochen. In den Kreisen der Arbeiterpartei ist man der Ansicht, daß der geplante Streich sich am Wahltag gegen seine Urheber wenden wird.

Konferenz der Entente-Finanzminister.

Paris, 28. Oktober. Der Finanzminister Clementel, der am Dienstag von Lyon zurückgekehrt ist, wird vom Mittwoch ab den Vorsitz der interalliierten Finanzkonferenz übernehmen. Sobald die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen beendet sind, was Ende dieser Woche der Fall sein dürfte, werden auch die Finanzminister der anderen beteiligten Regierungen zur persönlichen Teilnahme an den Verhandlungen in Paris erscheinen.

Die amerikanische Regierung wird sich durch ihren offiziellen Beobachter bei der Reparationskommission, Logan, vertreten lassen.

Das Bekenntnis zur Republik.

Berlin, 28. Oktober. Auf dem Reichsparteitag des Zentrums erstattete am Montag der Fraktionsvorsitzende Fehrenbach Bericht über den Rußhandel um der Bürgerkrieg. Der Eintritt in die Verhandlungen um die Erweiterung der Regierung sei von der Partei durchaus gebilligt worden. Aus innenpolitischen Gründen habe sich aber halb die Einbeziehung der Deutschnationalen als unmöglich herausgestellt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hielt der frühere Reichskanzler Wirth eine große Rede, in der er ausführte, daß größte Ungläubigkeit für die deutsche Nation bedente ein Wörtchen von dem gegenwärtigen Wege der deutschen Politik. Die deutsche Außenpolitik könne auch nicht nur unter dem Gesichtspunkt parteipolitischer Erwägungen, sondern nur ein paar Ministerstühle geführt werden. Wir haben bisher eine Politik der Lasten, die

Angora und England Feth-Vel und Lord Rarnoor öffentlich die Versicherung abgegeben haben, die bestehenden Zustände zu respektieren; aber sie sahen den Begriff des Statusquo anders als die Engländer.

Nun soll der Völkerbundrat entscheiden. England und die Türkei haben im voraus erklärt, daß sie die Entscheidung des Völkerbundes anerkennen wollen. Zum Studium der Mofulfrage ist eine Unterkommission ernannt, die aus dem Grafen Teleki (Ungarn), Oberst Paulis (Belgien) und dem Gesandten Schwedens in Bukarest besteht. Es wird damit gerechnet, daß die Sitzungen am Freitag abend beendet sein werden.

Notizen.

Die Regiegehen zurückgegeben. Die gesamten Anlagen des Kolonialverkehrs auf der Zechenanlage Rhein-Eibe, die der Gesellschaften Bergwerks-A.G. gehört, sind von der französischen Regierung geräumt und den deutschen Eigentümern zurückgegeben worden.

Der Staatsgerichtshof in Freiburg i. Br. Der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofs tritt am 13. November in Freiburg im Breisgau zusammen. Zur Verhandlung kommen in der Hauptsache die Lomanunifische Unruhen im Wiesental. Zu verantworten haben sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung, Einbruchdiebstahl, Sprengung, Begünstigung sowie wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und gegen die Verordnung gegen den Waffenbesitz der Kommunisten Herzer und 39 Genossen. Die Verhandlung, zu der etwa 100 Zeugen geladen werden, dürfte etwa 14 Tage in Anspruch nehmen. Außerdem stehen zwei kleinere Verfahren an.

Das Oberverwaltungsverfahren gegen Graefe eröffnet. Nach anfänglichen Ablehnungen haben sich die zuständigen Münchner Stellen auf sehr detaillierte Berliner Meldungen hin doch dazu bequemt, die Eröffnung des Hochverratsverfahrens gegen den vormaligen Reichsinhaber v. Graefe zuzugestehen. Graefe war am Vorabend und Tag des Hitlerputsches „ganz zufällig“ in München. Jetzt hat ein Leutnant der Leibgarde Staatsgerichtshofs v. Rahr, v. Boffow, Seifer, Fried und Tölgler vernommen. Das Ergebnis dieser Vernehmungen ist die Eröffnung des Strafverfahrens gegen Graefe.

Frankfurtische Postämlichkeiten. Bei der Vortragsreise des deutschen Postinspektors Gumbel kam es in Le Mans wieder zu Manifestationen französischer Nationalisten. Die „Action Francaise“ hatte in öffentlichen Anschlägen dazu aufgefordert, den deutschen Redner nicht sprechen zu lassen. Einige Duzend junger Burthen versuchten mit Lärminstrumenten die Versammlung zu stören. Aber die Zuhörer duldeten diese Störungen nicht und drängten die Manifestanten aus dem Saale. Die Polizei griff ein und verhaftete vier der lautesten Störmacher. Danach konnte Gumbel seinen Vortrag halten.

und der Versailler Vertrag anferlegte, betrieben, die von den politischen Gegnern als Erfüllungspolitik bezeichnet worden ist. Wenn der Versailler Vertrag und dem Parlamentarismus, die erst die Kräfte geschaffen haben, mit deren Hilfe man Winterstiefel erobern wollte, der schärfste Kampf angefaßt wird, dann ist das kein Einhalten der bisherigen Außenpolitik, sondern Schaffung schärferer Gegenstände im Innern.

Auch von der Gegenseite muß anerkannt werden, daß die Politik des Zentrums objektiv richtig gewesen ist. Wir vom Zentrum müssen es ablehnen, unsere Politik von der Rechten kompromittieren zu lassen. Unser Kanzler Marg steht uns zu hoch, als daß ihm irgendein Fleck von dieser Seite angeheftet werden könnte.

Siehe ich nicht recht gehabt, nach all den Geschehnissen der letzten Wochen schon früher vor den Wandern der Deutschnationalen zu warnen? (Stürmischer Beifall.)

Glaukt jemand, daß die vier von den Deutschnationalen präsentierten Ministerkandidaten, die in der entscheidenden Reichstagsstimmung am 29. August mit Nein stimmten, den außenpolitischen Kurs der Regierung Marg garantiert hätten? Jetzt ist es erwiesen, daß die Deutschnationalen deshalb am 29. August halb und halb stimmten, weil sie glaubten, dadurch die negativen Positionen nachher ins Kabinett schieben zu können. In Zukunft handelt es sich um die Lösung folgender Probleme:

1. Sicherung der heutigen Staatsform;
2. Beseitigung des in unserm Volke vorhandenen Grolls;
3. Gesundung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden;
4. Die große praktische und prinzipielle Führung der Außenpolitik.

Den Ausführungen des ehemaligen Kanzlers folgte ein minutenlanger Beifall. Danach sprach Münnig und bekannt in seinem Schlußworte, daß der starke Beifall, der Wirth gezollt wurde, nur beweise, daß die Grundsätze, die er vertrete, die Grundsätze der Partei seien.

In der Debatte sprach der Frankfurter Universitätsprofessor Dr. Jaeger, der mit Genugtuung feststellte, daß man nicht weiter nach rechts gegangen sei. Man könne nicht zulassen, daß das in Weimar gebaute Haus Leuten überlassen werde, die von vornherein erklären, daß es ihre Absicht sei, dieses Haus zu zerstören. Abgeordneter Geier verwies auf die Tatsache, daß Leuten, dem ein Ministerstempel zugedacht gewesen sei, gegen das Parteigesetz gestimmt habe. Wie könne man von solcher Leuten behaupten, daß sie die vom Reichskanzler Marg erfolgreich beschriebenen außenpolitischen Maßnahmen mitgehen würden? Ullrich (Oberhessen) bekannte sich zu dem Kabinett Marg und zu dem Willen, an der bisherigen Außenpolitik festzuhalten.

Die Wirkung der Rede des Reichskanzlers.

Paris, 28. Oktober. Zu der Rede des Reichskanzlers Marg, die er am Montag auf dem Parteitag des Zentrums gehalten hat, meldet der Berliner Vertreter des „Journal“, sie habe in den diplomatischen Kreisen der Alliierten und der Neutralen einen ganz hervorragenden Eindruck gemacht. Man sei in diesen Kreisen, der Auffassung, daß der Reichskanzler eine große staatsmännische Rede gehalten habe, wie man sie seit der Einsetzung der Feindseligkeiten mit Deutschland nicht mehr gehört habe. Die Pariser Mäler geben die Rede an auffallenden Stellen wieder, bisher jedoch ohne Kommentar.

Bürgerfrieden zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum.

München, 28. Oktober. Wie man jetzt erst erfährt, befahte sich die Bayerische Volkspartei in ihrer Landesausschussstimmung am Sonntag wegen des bevorstehenden Wahlkampfes fast ausschließlich mit ihrem Verhältnis zum Reichszentrum. Der linke Flügel verlangte trotz der organisatorischen Schwierigkeiten unbedingt die Verschmelzung mit dem Zentrum schon für diesen Wahlkampf, während sich der rechte Flügel aufs Heftigste widersetzte.

Unter Führung des Ministerpräsidenten Gels gelang es jedoch, durchzusetzen, daß mit dem Zentrum sofort Verhandlungen angebahnt werden über die erstl. Verschmelzung. Zu diesem Zwecke wurde eine Abordnung bestimmt, die am Dienstag mit dem Zentrum auf dem Parteitag in Berlin verhandeln soll. Die Verhandlungen bezwecken einen sogenannten Bürgerfrieden, wonach Bayern bei den Wahlen ohne Kampf gegen das Zentrum bleibt.

Strittig ist vor allem die Pfalz. Hier besteht das Zentrum nach wie vor auf der Wiederaufstellung des Abgeordneten Hoffmann (Ludwigshafen), während die Bayerische Volkspartei die Pfalz auch für sich in Anspruch nimmt. Es ist jedoch zu erwarten, daß über diesen Punkt eine Verständigung erfolgen wird.

Unbekannte Richter. In der Hauptverhandlung, die in der vorigen Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die Mitglieder der D. C. wegen Geheimbündelei stattfand, ist nach Ansicht der bayrischen Regierung die Berufung der Richter in einer Weise erfolgt, die mit dem Abkommen zwischen der bayrischen Regierung und der Reichsregierung über die Bildung des Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof nicht vereinbar sein soll. Die bayrische Regierung hat deshalb Schritte bei der Reichsregierung unternommen.

Depeschen.

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten.

W. Mannheim, 22. Oktober. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Krenzler ist heute hier verhaftet worden.

Frontbanhäftlinge entlassen.

W. München, 28. Oktober. Wie der „Volkskurier“ erfahren haben will, sind Hauptmann von Krauer, Hauptmann Gehbel-Oberleutnant von Prosch und Dr. Schramm, die sich wegen der Frontban-Angelegenheit in Untersuchungshaft befinden, gestern entlassen worden, während Oberleutnant Brüdner und Leutnant Döwold in Haft behalten worden seien.

Rußlands Anerkennung in Frankreich.

Paris, 28. Oktober. Es wird offiziell bekannt gegeben, daß die Entscheidung der französischen Regierung bezüglich der de-jure-Anerkennung der Sowjetregierung jedenfalls heute zur Kenntnis der Regierung von Moskau gebracht wird. Das erste Ergebnis dieser Anerkennung werde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sein. Es sei wahrscheinlich, daß der ehemalige Außenminister des „Temps“, Herbette, die französische Regierung in Moskau vertreten werde. Sowjetvertreter in Paris werde jedenfalls Katschikoff werden. Nachdem das geschehen sei, werden die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen eingeleitet, um alle Fragen zu regeln, die sich auf die russischen Schulden und das konfiszierete Privateigentum der französischen Staatsbürger in Rußland beziehen.

Schweres Explosionsunglück.

W. Straßburg, 28. Oktober. Bei Sprengungsarbeiten am Reutenrother Wehrbau (Ehringen) sind durch einen vorgeeilt losgehenden Schuß drei Arbeiter aus Reutenroth so schwer verletzt worden, daß sie bald nach ihrer Einbringung im Krankenhaus starben.

Flugzeug-Absturz.

W. Rom, 28. Oktober. „Tribuna“ meldet, daß ein Militärflugzeug, das aus Foggia kam, um an der Flugzeugparade in Rom teilzunehmen, bei Carina, wo es anbergehen wollte, abstürzte. Die beiden Insassen verunglückten tödlich.

zu annullieren, zu kämpfen. Es sei deshalb nötig, das englische Proletariat aufzuwiegen und das Meer der Arbeitslosen in Bewegung zu setzen. Nach einigen sehr heftigen Angriffen auf die Arbeiterpartei und die Arbeiterregierung jagt der Brief, daß die Regelung der Beziehungen zwischen England und Rußland zur Revolutionierung des englischen und des internationalen Proletariats beitragen, und eine Verbreitung des Leninismus über England und die englischen Kolonien ermöglichen werde. Schließlich fordert er zur Revolutionierung der Armee und englischen Flotte mit folgenden Worten auf:

Aus ihren letzten Berichten läßt sich erkennen, daß die Propaganda in der Armee schwach und in der Flotte nur wenig besser ist. Es ist aber wünschenswert, Jellen in allen Truppenstellen, besonders in Großstädten, desgleichen in den Munitionsfabriken zu bilden; denn dann ist es im Falle der Kriegsgefahr möglich, die militärischen Vorbereitungen der Bürger zu lähmen und einen imperialistischen Krieg in einen Klassenkampf umzuwandeln.

Der Brief schließt mit der Aufforderung, zur militärischen Sektion der britischen kommunistischen Partei mehr Spezialisten als Leiter der künftigen Armee heranzuziehen.

Das zweite Dokument ist eine Note der englischen Regierung an Rußland. Darin wird gesagt, eine solche Propaganda werde in England nicht geduldet und sei als direkte auswärtige Einmischung in die englischen inneren Angelegenheiten zu betrachten. Keine Regierung könne es zulassen, daß eine fremde Regierung, mit der sie in korrekten diplomatischen Beziehungen stehe, gleichzeitig Komplotte unter ihren Untertanen anzettelt. Die feierlichen Versprechungen der Sowjetregierung, in keiner Weise Rebellion in einem Teile des englischen Weltreiches zu fördern, seien damit verlegt worden. Diese Verpflichtung müsse aber durchgeführt werden, wenn die Sowjetregierung dazu die Macht habe. Habe sie diese Macht nicht, so hätte sie auch keine Verpflichtung, die sie nicht erfüllen kann, übernehmen dürfen.

Katschikoff, der Vertreter der Sowjetregierung, hat sofort erklärt, daß der Brief Sinowjews eine Fälschung sei. Alle bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetregierung und mit Sinowjew sprechen allerdings für die Echtheit. Die Position der Arbeiterpartei im Wahlkampf ist durch diesen Brief natürlich sehr geschwächt worden. Insbesondere ihre Argumente für die Notwendigkeit der Herstellung guter Beziehungen zu Rußland sind entwertet. Die bürgerlichen Parteien haben die Veröffentlichung der Dokumente sofort in den Mittelpunkt der Wahlpropaganda gestellt und im ganzen Lande mit größter Heftigkeit die Politik der Arbeiterregierung gegenüber Rußland angegriffen, als die Politik naiver Unerfahrener und leicht einzuweisender Menschen.

So dienen also auch in England die Kommunisten als Hauptzutreiber für die Reaktionäre und als Unterwähler der Machtposition der Arbeiterschaft.

Die Mofulfrage vor dem Völkerbundsrat.

Eine außerordentliche Völkerbundstagung hat am Montag in Brüssel begonnen. Zur Beratung stehen die Frage der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak (Moful-Frage), und zweitens die Klage der Griechen wegen Massenauweisungen aus Konstantinopel.

Die englische Regierung ist der Meinung, daß die Türkei die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne verletzt haben, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß vor der endgültigen Grenzbestimmung für das Vilajet Moful keine Truppenbewegungen vorgenommen werden dürfen, welche die jetzige Situation ändern können. Die Türkei bestritt nicht, daß bei der Septembertagung des Völkerbundes die Delegierten der Regierung von

Denn das sollt ihr wissen, lieben Herrn, Gott schafft's also, daß man nicht kann noch will eure Wütereie die Länge dulden. . . Die andern Artikel, so leibliche Beschwerden anzeigen, als mit dem Leibfall, Aufstehen und dergleichen, sind ja auch billig und recht. . . Nun ist's ja nicht länger erträglich, so zu schätzen und zu schinden. Was hülfes, wenn eines Bauern Ader so viel Gulden als Halmen und Röhren trägt, da die Obrigkeit nur desto mehr nähme und ihre Bracht damit nur größer mache und das Gut verschleuderte mit Kleibern, Fressen, Saufen, Bauen und dergleichen, als wäre es Spreu. Man müßte die Bracht einschränken und die Ausgaben stopfen, daß ein armer Mann auch was behalten könnte. . . Darum wäre mein treuer Rat, ihr wüchelt ein wenig von eurer Thrannei und Unterdrückung, daß der arme Mann auch Luft und Raum gewänne zu leben.

Da ist nichts wegzuwenden und abjudisputieren: Luther steht die Grundherren an, sie möchten ihren Leibeigenen „Luft und Raum gewännen zu leben“. Den deutschen Bauern steht in der Reformationszeit das Wasser nicht am Hals, sondern bereits an der Nasenspitze. Schrieb doch selbst der Kurfürst von Sachsen Friedrich der Weise an seinen Bruder Johann: „Vielleicht hat man denen armen Leuten zu solchem Aufzuhr Urjach gegeben. . . Will es Gott also haben, so wird es also hinausgehen, daß der gemeine Mann regieren soll.“

Was schließlich den Punkt 2 angeht, die Verufung auf Lassaile als Kronzeugen gegen die aufständischen Bauern, so stimmt es freilich, daß der in einem Briefe vom 27. Mai 1859 Marx und Engels gegenüber die Bauernkriege als „nicht revolutionär“ und sogar im höchsten Maß — in letzter Instanz — reaktionär“ bezeichnet. Aber man darf nicht übersehen, daß Lassaile, der sich bezeichnenderweise damit zu Marx und Engels in Gegensatz stellt, was Herr Görnandt gewiß nicht herraten hat, die Bauernrevolution im Lichte der Revolution des Industrieproletariats seiner Tage sieht. Für bürgerliche Begriffe hört der Bauernkrieg damit nicht auf, eine Revolution zu sein. Oder würde der Herr Pastor und seine Amtsbrüder eine Erhebung der Kleinbauern, die darauf abzielte, den Großgrundbesitz zu zerstückeln, nicht als Revolution ansehen? Und was gewinnt er mit Lassailes Formulierung, die keineswegs in das Bewußtsein der sozialistischen Massen eingedrungen ist, — aber erst recht nicht in das des Bürgertums! — für die Rettung seines Halses? Will er seinen Schäfchen weismachen, daß die Führer die revolutionäre Partei gewesen sind und Luther ihr revolutionäres Gewissen? Wie steht es dann mit den kommunistischen Ideen der Wiedertäufer und Thomas Münzers? „Erkläre mir, Graf Ferdinand. . .“ Dann hätte also Luther, der Mann des Volkes, als Reaktionär angefangen und als sozialer Revolutionär aufgehört? Das wäre ein höchst possidlicher Text für eine Lutherpredigt, wie sie eben jetzt wieder fällig ist. Dann werden die frommen Bürger samt dem Superintendenten und dem Dompfaffen strahlen und den Pastor Görnandt als einen zweiten Chrysothomus, den „Goldmund“, dresen.

Urbim



Seit Jahrzehnten als
bester Schuhputz bekannt

TERPENTINÖLWARE
GROSSEN DOSEN... ZU 20...
UND IN MITTEL DOSEN... ZU 10...
ÜBERALL ERHÄLTlich!

H. Rindhardt

Hersteller: Urban & Lemm, Charlottenburg

Vertreter: Kurt Schwerdtfeger, Magdeburg, Wilhelm-Kobelt-Straße 4

Nur echt
in dieser
Packung



Hausfrauen verwendet nur Diamant-Mehl

Es gibt kein besseres Weizenmehl

Georg Plange, Hamburg
Weizenmühle Wilhelmsburg/Elbe
Größte Mühle Europas

Bureau der Mühle Wilhelmsburg:

Wilh. Schröder, Magdeburg
Weinfaßstraße 5a
Telephon Nr. 1864

NEU **Tafel-Brand** NEU
in
Portionswürfeln
gehört zur guten Tasse Kaffee
Robert Brandt Magdeburg
In den Kolonialw.-Geschäften erhältlich

ZENTRAL
Täglich 7 1/2 Uhr
Nur noch wenige Tage!
Der sensationelle Erfolg der neu
eröffneten Winter-Spielzeit:
M'ADI
Operette in 3 Akten von Alfred Grünwald
und Leo Stein. Musik von Robert Stolz.

Rasierklingen gratis!

senden wir an jeden, der uns seine Adresse mit-
teilt, um eine neue für Selbstrasierer höchst
wichtige Sache schnell bekanntzumachen. A271
Adresse auf Postkarte genügt.

Frey's Spezialhaus, Berlin SW 48, Abteilung 33

Voranzeige.
Freitag den 31. Oktober
Premiere
Madame Pompadour
Operette in 3 Akten von Rudolf Schanzer
und Ernst Welisch. Musik von Leo Fall.
Prachtvolle dekorative u. kostümliche
Ausstattung der Rollzeit.
Keine erhöhten Preise.

Städtische Theater.

Der Theaterbetrieb wird ab heute
Mittwoch den 29. Oktober wieder
regelmäßig aufgenommen.

11 Uhr vormittag
Öffentliche Generalprobe
zu dem um
10 1/2 Uhr abends stattfindenden
3. Sinfonie-Konzert Abt. CI
Leitung: Generalmusikdirektor W. a. C.
Solistin: Frieda Leider von der
Staatsoper Berlin (Soprano).

Die Anrechtsabende nehmen am
Donnerstag den 30. Oktober mit dem
8. Anrechtsabend ihren Fortgang.
Über die Nachholung der ausge-
fallenen Anrechtsvorstellungen erfolgt
nähere Bekanntmachung.

Wilhelm-Theater

Mittwoch den 29. Oktober
Vorstellung für die Gef. für Theater
und Kunst, Gruppe E

„Der Hulla“
Lustspiel in 4 Aufzügen von P. Ernst.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Alter Fritz

Berliner Str. 9
Telephon 2188 Telephon 2188

Das gute bürgerl. Lokal
Reichhaltige Spisekarte
in ziviler Preislage.

Neuerbauter Saal

ca. 200 Personen fassend

Vereinszimmer in allen Größen!

Burg Palast-Theater Burg

Dienstag bis Donnerstag
Das große 3-Schlager-Programm.

1. **Der Ueberfall auf die Virginia-Post**
Schauspiel in 6 Akten.

2. **Pat und Patachon**
Die beliebtesten bänkischen Künstler
in dem entzückenden Lustspiel
Die Braut aus Anstraiten
in 5 Akten.

3. **Auf der Bühne:**
Sie werden überrascht sein!
Egon von der Mingo
Humorist und Spensardarsteller.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Beginn 7 Uhr.
Besuchen Sie bitte die erste Vorstellung

August Bebel

der Mann und sein Wert
von Franz Mühs.
— Geschmackvolle Ausstattung. —
Buchhandlung Volksstimme

Ganz Magdeburg

wird

Mary Pickford



die schönste und beliebteste Darstellerin Amerikas
in ihrem berühmten Film

„ROSITA“

Die Straßensängerin
sehen wollen!

Ab Freitag den 31. Oktober

ist diese faszinierende, entzückende Künstlerin
im



Das Theater
der internat. Großfilme

Tivoli

Ball- und Gesellschaftshaus
Magdeburg-Friedrichstadt (früher Zentralhalle).

Jeden

Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr
Sonntag, nachm. 4 Uhr
Gesellschafts-Ball.

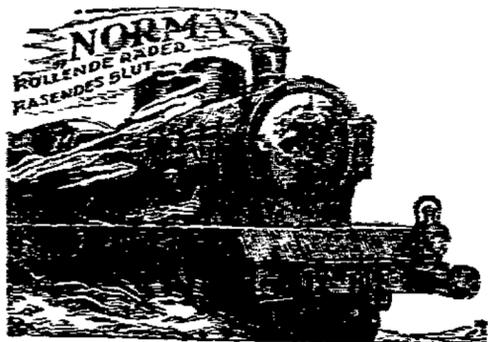
Erstklassige Musik. Erstklassige Musik.

Otto Wolters Kölner Str. (frühere Wilhelmstr.) 18

2 Minuten vom Bahnhof Telephon 119
Kennen trinken nur Siedenbier (Nürnberg, Keif)
Eubenburger Export — Berliner Weißbier — —
Täglich frisch: Pilsener, Bitter, Knoblauchbier usw. zu
jeder Tageszeit. — NB. Patete werden aufbewahrt.

Das Ereignis der kommenden Woche!

Das große Ereignis!



Der Qualitätsfilm 1. Rang!

Magdeburg erwartet ein Erlebnis!

Heute bis

UT

Donnerstag

UT - Storch - UT Buckau, Schönebeck. Str. **UT** Buckau — Feldstraße **UT**

**Sklaven
des Kapitals**
das gewaltige sozial-politische
Drama.

Olaf Fönss
in der großen Tragödie
**Im Kampf um
Pflicht u. Liebe.**

**Die Tragödie
einer Liebesnacht**
der unvergleichlich köhne
Sitten-Film.

Gespenserschloß
spannend packend Detektiv-Drama
und die glänzende
Bühnenschau.

**Ratten
der Grossstadt**
hochsensationaler Detektiv-
Schlager.

Gelbster
Erlebnisse einer Ver-
käuferin
packendes Sitten-Drama.



Das „Reichsschwert“ der Volkspartei.

Stresemann, Scholz und volksparteiliche Zeitungen wiederholen zu Beginn dieses Wahlkampfes die Behauptung, die große Koalition im Reich sei durch das Versagen der Sozialdemokratie gegenüber Staatsnotwendigkeiten gesprengt worden. Wir wiederholen es: In Wahrheit ist die große Koalition gesprengt worden durch hinterhältige Manöver derselben Volksparteiler, die auch jetzt wieder mit allen Mitteln den Rechtsblock erstreben. Das zu beweisen, ist leicht. Unklar, zweideutig und in Nebel verborgen ist nur die Haltung Stresemanns zu den großen hochkapitalistisch-nationalistischen Intrigen des vorigen Jahres. Entweder er hat sich bewußt an ihnen beteiligt, oder er ist von ihnen überrumpelt und hintergangen worden. In beiden Fällen ist sein Verhalten ruhmlos, und sind seine Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie unwahrhaftig. In Frankfurt a. M. hat Stresemann

über den Untergang der großen Koalition erklärt:

Dann kam der Einmarsch der Reichswehr in Thüringen und Sachsen. Damals hätte jeder Staatsmann verbrocherlich gehandelt, der nicht gegen den Ansturm der Kommunisten die letzten Machtmittel angewendet hätte. Wer wie diese gegen das Reich anrennt, muß die Schärfe des Reichsschwertes fühlen. Nun hing aber der Einmarsch nicht vom Reichskanzler allein ab. Ihm hat der sozialdemokratische Reichsminister des Innern zugestimmt, und zwar nach Genehmigung durch den Reichspräsidenten. Die Sozialdemokraten aber brachten ein Mißtrauensvotum ein.

Das volksparteiliche Parteiblatt, die „Zeit“, befundet gegenüber der sozialdemokratischen Presse ihre überlegene Verfassungskennntnis noch dadurch, daß sie belehrt, der Reichskanzler habe die Reichswehr gar nicht ohne Zustimmung des sozialdemokratischen Reichsministers des Innern in Sachsen einrücken lassen können. Demgegenüber ist

klar und eindeutig zu sagen:

Niemand hat ein sozialdemokratischer Minister seine Zustimmung zu einer militärischen Reichsexekutive gegen Sachsen oder gegen die sächsische Regierung gegeben. Für die Ausschreitungen der Reichswehr in Sachsen trägt die verfassungsrechtliche Verantwortung der Reichswehrminister Dr. Gehler, die politische aber der bürgerliche Teil des damaligen Reichskabinetts. Eine Kette von Tatsachen ist der unwiderlegliche Beweis.

Am 26. September 1923 ging durch Verordnung des Reichspräsidenten die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf militärische Befehlshaber übertragen konnte. Unterzeichnet ist diese Verordnung von dem Reichskanzler Stresemann. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister, obwohl überzeugt, daß Ausnahmemaßnahmen gegen die Aahr-Diktatur zu treffen seien,

schute es ausdrücklich ab,

diesen militärischen Ausnahmezustand mit zu unterschreiben. Er sah die unheilvollen Folgen des völligen Ausschaltens der Zivilgewalten voraus. Alles, was dann gegen Sachsen geschah, erfolgte auf Grund dieses Ausnahmezustandes, der ausdrücklich und allein gegen den bayerischen Revolutionär Kahr und seine Kumpane in Norddeutschland verhängt worden war.

Rufe um Hilfe der Reichswehr gegen Unruhen, vor allem auch Erntepflünderungen — Kartoffeln! — kamen gerade damals aus ganz Norddeutschland, nicht nur aus Sachsen. Angeblich nur gegen solche Unruhen, gegen Terrorakte und drohende faschistische Ueberfälle aus Bayern ordnete der Reichswehrminister seine Truppenverstärkungen in Sachsen an. In diesem Sinne wurde der sozialdemokratische Reichsinnenminister in einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten und mit dem Reichskanzler unterrichtet. Der Reichsinnenminister, der die Entscheidung des Inhabers der vollziehenden Gewalt unmöglich verhindern konnte, forderte die Zujicherung, daß sich diese Truppenbewegungen nur gegen Ruhestörungen und Angriffe auf die Verfassung richten dürften. Diese Zujicherung hat er noch an demselben Tage im Einverständnis mit dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler an die beiden mitteldeutschen Regierungen weitergegeben.

Es folgten die Provokationen des sächsischen Generals, die schamlosen amtlichen Berichte über den Vormarsch in einer Sprache, als wäre feindliches Land bejest, die Gemeckel in Pirna und Freiberg, freilich

unter Mitwirkung der kommunistischen Butschisten und ihrer eckhaften Minister. Das Vorgehen der Reichswehr fand den Widerspruch aller sozialdemokratischen Reichsminister und wurde nahezu in jeder Kabinettsitzung immer schärfer zugespitzt zur Sprache gebracht. Es wurde immer deutlicher: Bestimmte reaktionäre Treiber wollten die Befragung der Sozialdemokratie auf eine Spitze treiben, die für eine demokratische, republikanische Partei nicht mehr zu tragen war. Den Gipfel erreichte diese Taktik durch einen Ueberfall des Reichswehrministers in der Kabinettsitzung, als er wegen eines allerdings unerhörten kommunistischen Flugblattes erklärte, daß er die sächsische Regierung mit

ihren kommunistischen Ministern absetzen und einen Reichskommissar einsetzen werde. Daß der Inhaber der vollziehenden Gewalt, nicht das Reichskabinet, diese Aktion ausführt, hat übrigens Stresemann in seinem berühmten Briefe vom 27. Oktober 1923 an den sächsischen Ministerpräsidenten ausdrücklich ausgesprochen. Die Ernennung des Reichskommissars Dr. Heinze aber erfolgte hinter dem Rücken des Reichskabinetts.

Sein Eingreifen geschah entgegen dem ausdrücklichen Stresemannschen Versprechen an sozialdemokratische Minister und Parteiführer, seine Militäraktion gegen die sächsischen Minister erfolgte ohne Kenntnis des Kabinetts, und auch Stresemann gab sich bei dem Eintreffen der Dresd-

An die Parteigenossenschaft!

Der Reichstag ist aufgelöst! Unsere Parteigenossen haben die Meldung der Auflösung mit Jubel begrüßt. Kampfesfreude erfüllt unsere Reihen. Jeder hat das Bewußtsein, daß es sich diesmal um eine wichtige Entscheidung handelt. Die letzten Wahlen ließen die Reaktion erstarken und zeltigen den Inflations-Reichstag. Die furchtbare Not verwirrte das Volk. Wir Sozialdemokraten wußten, daß der Reichstag vom 4. Mai nicht lange bestehen konnte und forderten immer und immer wieder die Auflösung. Mit diesem Reichstag war weder im Lande noch nach außen Politik zu machen. Es mußte eine Generalreinigung erfolgen.

Jetzt hat es das Volk in der Hand. Unsere Partei führt diesen Wahlkampf um ihre alten Ziele, um Demokratie und Sozialismus. Beides ist nicht voneinander zu trennen. Die gegenwärtige Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist aber auch, innere und äußere Befreiung des deutschen Volkes zu erkämpfen. Eine innere Befreiung ist nur

im Rahmen der demokratischen Republik

möglich. Die Außenpolitik muß im Zeichen der Versöhnung der Völker stehen. Wir führen in diesem Wahlkampfe, im Reich wie in Preußen, in erster Linie die Kämpfe gegen die Katastrophepolitik der Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten. Wir kämpfen vornehmlich gegen die Partei, welche alle Krisen seit dem 4. Mai gemacht hat,

gegen die wankelmütige monarchistische Volkspartei.

Nicht viele Worte gilt es zu machen. Heran an den Feind! Vormarsch im Kampfe für die hohen Ziele der Demokratie und des Sozialismus!

Magdeburg, den 27. Oktober 1924.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt.

J. A.: Gustav Ferl.

ner Meldungen höchst überrascht und erklärte, der Reichskommissar Dr. Heinze habe ohne Instruktion gehandelt. Das war allerdings in einer Zeit, da Stresemann den Ausspruch tat: „Ich würde charakterlos handeln, wenn ich nun eine Regierung mit der Rechten bilden würde.“ So liegen die Verantwortlichkeiten und ging die große Koalition zugrunde.

Uebrigens hat sich Stresemann glänzend widerlegt durch den Satz seiner Frankfurter Rede: „Wer gegen das Reich anrennt, muß die Schärfe des Reichsschwertes fühlen.“ Wirklich? Gilt das nur gegen Kommunisten und Sachsen? Während jener blutigen sächsischen Reichswehrmanöver befand sich

Bayern in offener Aufruhr

gegen das Reich. Kahr wurde amtlich zum Diktator gegen die Reichsgewalt proklamiert, bezeichnete sich amtlich als Blatthalter der Monarchie. Die bayerische Reichswehr wurde unter Bruch des Fahnenweides für einen meuternden General auf den Monarchie. Die bayerische Reichswehr wurde unter Bruch des Fahnenweides für einen meuternden General auf den bayerischen Staat verpflichtet. Die Reichsregierung Stresemann erklärte diese Rebellion in ihrem amtlichen Aufrufe vom 21. Oktober als „offenen Verfassungsverbruch“. Bayerische Banden sammelten sich mit Unterstützung der bayerischen Regierung an der sächsisch-thüringischen Grenze. Der „Marsch nach Berlin“ war die Lösung in ganz Bayern. Wo war da das „Reichsschwert“? Wo seine Reichsexekutive? Tapfer gegen Sachsen, mutlos gegen Bayern! Bei Nacht und Nebel schlichen sich Brauns und Geßler nach Bayern, um durch Mittelsmänner bei den Reichsrebellern um auf Wetter zu bitten, ein Tun, zu dem sich sozialdemokratische Reichsminister niemals hergegeben haben würden. Während die Reichsregierung vor den bayerischen Aufständern schmachvoll kapituliert,

ging die Reichswehr in Sachsen gegen eine Regierung mit Militärstützeln vor, deren Umwidmung in eine kommunistenreine Regierung nur noch eine Frage von Stunden war.

Diese Tatsachen und die Weigerung der bürgerlichen Minister, den gegen Bayern wirkungslosen militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, haben es damals der Sozialdemokratie mit ihren Ministern als ein Gebot politischer Vernunft, Reinlichkeit und Ehre erscheinen lassen, eine Koalition zu verlassen, die zu einem Spott geworden wäre. Nur Spekulation auf Unkenntnis und Vergeßlichkeit kann

der Sozialdemokratie vorwerfen, sie habe gegenüber Staatsnotwendigkeiten verjagt. Die große Koalition ist gescheitert, weil die Volkspartei die Sozialdemokratie für ein hochkapitalistisches Klassenregiment mißbrauchen wollte. Staatsnotwendigkeit ist, dem Reich und seiner Verfassung überall im Lande Achtung zu verschaffen. Gegen diesen Grundsatz hat die Volkspartei schwer und unbergänglich verstoßen. Ihr „Reichsschwert“ ist ein Polizeisäbel für kapitalistische Diktatur und Fallbeil für Arbeiter, die der Hunger zu Verzweiflungstaten treibt.

Sie haben alles geschluckt.

Auf die Ablehnungsversuche, die aus wahlpolitischen Gründen Graf Westarp, einer der Unterhändler im Kuhhandel über den Bürgerblock, in der „Kreuzzeitung“ unternommen hat, wird ihm von der „zuständigen Seite“, die Bescheid weiß, da sie auch dabei war, folgendes ins Gedächtnis zurückgerufen:

Es ist unbegreiflich, daß Graf Westarp beirretet, daß die Deutschnationalen die Richtlinien des Reichstanzlers vorbehaltlos anerkannt haben. Demgegenüber muß festgelegt werden, daß bei den maßgebenden letzten Verhandlungen zwischen dem Reichstanzler und den deutschnationalen Beauftragten, in Anwesenheit auch der Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Stresemann vom Reichstanzler kein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß die Verhandlungen nur unter der Voraussetzung weitergeführt werden könnten, daß die Deutschnationalen die Richtlinien nicht nur als Grundlage weiterer Verhandlungen betrachten, sondern dieselben rückhaltlos als maßgebend für die Regierungsbildung anerkennen. Die Deutschnationalen haben diese Anerkennung ausdrücklich ausgesprochen vorbehaltlich der näheren Formulierung in der Regierungserklärung.

Es wurde ferner gar kein Zweifel darüber gelassen, daß der wesentlichste Punkt der Richtlinien die Zujicherung der durchaus loyalen Durchführung der Dawes-Gesetze darstelle. Dagegen ist kein Widerspruch seitens der deutschnationalen Verhandlungsführer erhoben worden!

Es ist ferner unrichtig, daß, wie Graf Westarp schreibt, „es an Vorbehalten entscheidender Art gegen die Richtlinien nicht gefehlt habe“. Es ist von „Vorbehalten“ in entscheidenden Punkten überhaupt nicht die Rede gewesen.

Diese Feststellung muß den deutschnationalen Wahlwählern bei jeder passenden Gelegenheit entgegengehalten werden. Denn dadurch wird bewiesen, daß die Deutschnationalen die Republik anerkannt, die schwarzweißrote Fahne verraten und sich verpflichtet haben, die Weimarer Verfassung gegen jeden ungeleglichen Angriff verteidigen zu helfen.

Sie haben alles geschluckt, nur um vier Ministerfüße zu erwischen und um in der Regierung dann das Gegeirteil von dem zu tun, was sie laut und feierlich vorher versprochen. Eine laubere Gesellschaft, diese christlichen Monarchisten!

Ludendorff als Dolchstößler.

Der 1921 verstorbene ehemalige preussische Handelsminister, kaiserliche Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Nachfolger Bergs als (letzter) Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers, Dr. Klemens v. Delbrück, hat über seine Tätigkeit in den Kriegsjahren Aufzeichnungen hinterlassen, die jetzt unter dem Titel „Die wirtschaftliche Mobilmachung Deutschlands 1914“ im Verlag für Kulturpolitik in München erschienen sind.

Dort befindet sich eine Schilderung der Lage in den ersten Oktobertagen 1918, deren Wiedergabe der „Vortwärts“ sehr richtig mit dem Bemerkten begleitet, daß Delbrück zu den vielen Zeugnissen gegen die Dolchstößler ein neues hinzugefügt hat. Delbrück schreibt:

Herr v. Berg . . . wolle wegen Bildung eines alle Parteien umfassenden Koalitionskabinetts verhandeln, im Augenblick sei er beim Prinzen Max, um eine Ueberleitung der Friedensaktion, auf welche die Oberste Heeresleitung fortgesetzt dränge, zu verhindern. Aus alledem ergab sich, daß die Oberste Heeresleitung unsere Lage plötzlich für äußerst bedrohlich, den Krieg für verloren ansah und, um eine militärische Katastrophe zu vermeiden, Schritte verlangte, die uns in eine schwere Katastrophe hineinführen mußten oder schon geführt hatten.

Dabei blieb völlig im Dunkeln, welche Ereignisse und Erwägungen diese Sinnesänderung und das für mich Vorgehen der Obersten Heeresleitung veranlaßt hatten. Die Ansicht, daß der Krieg verloren und alsbaldige Friedensverhandlungen notwendig seien, konnte doch nur auf der Erkenntnis beruhen, daß die Zahl und Beschaffenheit unserer Truppen sowie das verfügbare Kriegsmaterial nicht ausreichten, um unsern Gegnern weiterhin mit Erfolg Widerstand zu leisten. Diese Erkenntnis konnte aber der Obersten Heeresleitung unmöglich erst von gestern auf heute gekommen sein!

Wenn man sich alles das vergegenwärtigte, mußte man zu der Annahme kommen, daß General Ludendorff vorübergehend die Nerven verloren habe.

Delbrück gehörte der Nationalversammlung in Weimar und dann dem Reichstag bis zu seinem Tod als deutschnationaler Abgeordneter an. Aber seine Angaben werden von der deutschnationalen Presse sorgfältig verschwiegen.

Ueberall im Wahlkampf soll man daher den deutschnationalen Verleumdern dieses deutschnationalen Zeugnis entgegenhalten, wonach Ludendorff und kein anderer der Dolchstößler gewesen ist.

Bürgerblock und Rechtsprechung.

Das Ziel der Reaktion bei den Wahlen am 7. Dezember ist der Bürgerblock. Die Deutschnationalen wollen eine Mehrheitsbildung mit den rechtsstehenden und nach rechts hinneigenden bürgerlichen Parteien zustande bringen. Sie wollen, daß der 7. Dezember ihnen den festen Standpunkt gibt, von dem aus sie den Hebel auflegen können, um die demokratisch-parlamentarische Verfassung aus den Angeln zu heben.

Was auf dem Wege des politischen Handels nicht möglich war, soll auf dem Wege über die Wahl erreicht werden. Für den Bürgerblock, für Schwarzweißrot, gegen Schwarzrotgold ist die Parole der Deutschnationalen. Deshalb schreibt Westarp in der „Kreuz-Zeitung“:

Wer sich ernstlich das Ziel setzt, die Macht der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen dadurch zu brechen, daß er sie aus dem unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Regierungsgewalt verdrängt, der kommt nicht um die Notwendigkeit herum, daß die Deutschnationalen auch weiterhin ernstlich eine Regierungsmehrheit mit Volkspartei und Zentrum sowie den kleineren Parteien der Bayern und der Wirtschaftlichen Vereinigung werden erstreben müssen, für die der 7. Dezember sichere zahlenmäßige Unterlagen schaffen soll.

Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so ist die Voraussetzung, daß die Deutschnationalen sich bei den Wahlen mindestens in der alten Stärke behaupten. Die Bürgerblockpläne sind gescheitert, wenn am 7. Dezember die Rechte Mandate einbüßt.

Die Niederlage des Bürgerblocks ist aber zugleich eine Niederlage der einseitigen politischen Strafjustiz in Deutschland. Gelingt es, die politische Stellung der Reaktion so zu schwächen, daß sie in absehbarer Zeit nicht mehr darauf rechnen kann, in Deutschland aus Kader zu kommen, so wird ein entscheidender Schritt für die Besserung der Justizverhältnisse gewonnen sein.

Die Strafjustiz in Deutschland hat sich nicht als zweckmäßiges Mittel erwiesen, um die verfassungsfeindlichen und hochverräterischen Organisationen zu bekämpfen. Was die Strafjustiz, was der Staatsgerichtshof nicht erreichte und nicht erreichen konnte, muß durch das Volk selbst, muß am 7. Dezember durch die Wähler erreicht werden. Sie selbst sind der Staatsgerichtshof, der die Republik und die Verfassung zu schützen hat gegen ihre Feinde von rechts und von links. —

„Völkische Stänker“.

Im „Deutschen Tageblatt“, der Ludendorffischen Trompete, lesen wir unter dem Titel „Richard Kunze's Wahlkampf“ einen merkwürdigen Bericht über eine Berliner Versammlung der Völkischen:

Herr Kunze scheint mit seinem Grüppchen kein genügend großes Tätigkeitsfeld im marxistischen Deutschland zu finden. Er schickt seine beiden „ersten und vielleicht einzigen Redner“ in eine Verlesung der nationalsozialistischen Freischießbewegung im Kriegervereinsbau, in der Herr Stod das Referat hielt. Als Herr Stod seine oft von Weisfall unterbrochenen Ausführungen beendet hat, glaubte ein Kunze-jünger Engel durch pöbelhafte persönliche Anwürfe Boden zu gewinnen. Der gesunde Sinn der deutschen Männer und Frauen zeigte jedoch kein Verständnis für diese Art des Kampfes. Unser hümisches Publikum für die einige völkische Bewegung mußten die beiden völkischen Stänker, betrübt wie die Vogler, abziehen.

Wie wird uns? Kunze's Knippelgarde ist doch auch völkisch. Und dann werden ihre Sendboten als „völkische Stänker“ abgetan! Keußert sich denn so deutlich die völkische Bruderschaft? —

Sante Anisja Porfirjewna.¹⁾

Sante Anisja Porfirjewna war die jüngste Schwester meines Vaters (in der hier geschriebenen Zeit war sie etwas über fünfzig Jahre alt) und wohnte nicht weit von uns.

Ich kann mich übrigens nicht erinnern, daß wir vor dem Anlauf von Sabolotje sie irgend einmal besucht hätten, erinnere mich auch nicht, daß sie bei uns gewesen wäre; ich kenne sie also gar nicht. Schon im Hause meines Großvaters Porfirij war sie noch als junges Mädchen sehr unbeliebt und wurde „Barabarim“ genannt; später aber, als sie sich verheiratet hatte und frei denken und walten konnte, zeigte dieser schlimme Ruf sich endgültig. Man erzählte geradezu ungeheuerliche Dinge über die Art, wie sie die Leute auf ihrem Gute behandelte, und ganz phantastisch klangen die Berichte über ihr Familienleben. Es wurde zum Beispiel erzählt, sie hätte noch als Mädchen ihre kleine Dienerin zu Tode gefesselt, sie wäre mit einem Loden verheiratet usw. Mein Vater verriet es, von ihr zu reden, die Mutter aber, die überhaupt gern Klatsche, nannte sie nie anders als „die Tyrannin“ und „das gemeine Frauenzimmer“. Ueberhaupt verlebte die Verwandten und die benachbarten Gutsbesitzer nicht mit den Zavelgen (so hieß meine Tante nach ihrem Namen), so daß sie ganz allein, von allen verlassen lebte.

Diese Geschichten wurden ganz unbestimmt und ungeniert in Gegenwart der Kinder erzählt und wurden selbstverständlich sehr hart auf die kindliche Phantasie. Ich zum Beispiel, der die Tante nach wie vorher haßte, fühlte sie mir als eine Art Skelett vor (eine solche Frau hatte ich in einem Buch auf einem Bild gesehen), in einem absonderlichen Gewand, mit ausgebreiteten Armen, die schärfe Klauen hat Klauen betten, mit gähnenden Höhlen an Stelle der Augen und mit grüngelben Schlangen statt des Hauptes.

Über nach dem Anlauf von Sabolotje änderte sich die Verhältnisse. Das Gut der Tante, Wjessowka, lag gerade in der Mitte des Weges zwischen Maslowes und Sabolotje. Und da eine Straße von vierzig Werst in einem Zuge zurückzulegen für Pferde, die besten nicht gemacht sind, zu anstrengend ist, mußte man unterwegs halts machen, um die Tiere zu füttern. Gewöhnlich ruhten wir in einem Wirtschaftshaus, das am Ufer der Wapilja lag gegenüber Wjessowka gelegen war; aber meine Mutter, berechnend wie sie war, erklärte, daß das Geld im Wirtschaftshaus zu verdammt wäre, und so, drei Stunden bei der Schwägerin aufzuhalten, die sich natürlich über die Wiederkehr der Verwandtschaftlichen Verkehr sehr freuen und sich Mühe geben würde, es den wertigen Gästen recht zu machen.

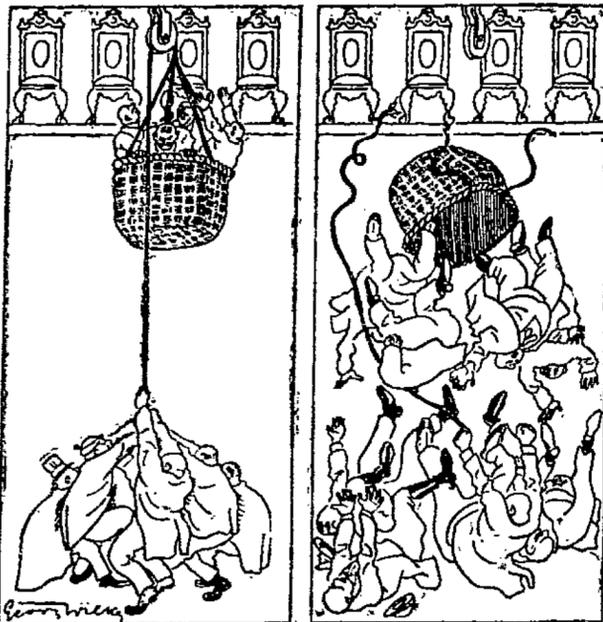
Und so machte sich eines Tages im Sommer meine Mutter auf den Weg nach Sabolotje und nahm mich mit. Das war unser erster — übrigens auch unser letzter — Besuch bei Sabolotje. Ich erinnere mich, daß meine Spannung so groß war, daß ich unheimlich nicht mehr ruhig sitzen konnte. Meine Phantasie arbeitete eifrig und malte sich das schon vorher geschaffene Bild der Furie aus, wie sie uns mit grimmigem Anblick entgegenkommt. Die Mutter war auch die ganze Zeit unerschrocken und beriet sich mit dem Stubenmädchen Agajewa.

Die beiden Extronprinzen.

Wie zu erwarten war, wird die Nachricht, daß der Extronprinz von Hohenzollern als Spitzenkandidat der Deutschnationalen aussersehen ist, auf das heftigste demotiviert. Die Ablehnung macht aber wenig Eindruck; die Deutschnationalen können seit Herzt „immer anders“. Die Idee einer Kandidatur ist aber offenbar aufgegeben worden; selbst in deutschnationalen Kreisen regte sich allzu heftiger Widerspruch.

Nicht demotiviert wird die Reise des Extronprinzen zu seinem Berufskollegen und Hauptkonkurrenten in München. Selbstverständlich haben sich die beiden nur über das schöne Herbstwetter unterhalten. Die deutschen Wähler müssen am 7. Dezember dafür sorgen, daß sie auch in Zukunft keinen andern Unterhaltungstoff haben. —

Der deutschnationale Fahrstuhl.



„Wir müssen auf jeden Fall hinauf. Mit vereinten Kräften wird die Schote schon gehen!“

Kladderabums!

August macht Politik.

In der Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ konnte man auf der ersten Seite lesen:

Die Sozialdemokratische Partei kämpft um Ministerseffel und spekuliert darauf, daß ihr die Erfahrungen seit 1914 vergessen hat.

Ein paar Spalten weiter wird aber folgendes ausgeführt:

Nicht um die Verteilung der Posten ging es in dem langen Kuhhandel um die Regierungsbildung, auch nicht die Machtfrage stand auf der Tagesordnung.

Run können sich die Leser des kommunistischen Blattes auswählen, welche Parole richtig ist, ob die erste oder die zweite. Wahrscheinlich werden manche von ihnen aus dieser Ungereimtheit den Schluß ziehen, daß sich auf die ganze kommunistische Politik kein Verstand mehr machen läßt. —

Fränkische Kandidaten.

Unter starker Beteiligung der Parteioorganisationen aus dem Bezirk Franken fand am Sonntag in Nürnberg der Parteitag der fränkischen Sozialdemokratie statt, der sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl beschäftigte. Nach einem Referat von Hermann Müller (Franken) wurde zur Kandidatenaufstellung geschritten.

Der Vorschlag des Bezirksvorstandes, die Kandidatenliste vom 4. Mai unverändert gelassen zu lassen, fand einstimmige Annahme.

Demzufolge steht an der Spitze des sozialdemokratischen Wahlvorschlags im Wahlkreis Franken: 1. Hermann Müller (Franken), 2. Hans Vogel (Würth), 3. Simon (Nürnberg), 4. Seidel (Hof), 5. Dr. Braun (Berlin), 6. Buchta (Weimert).

Nach einem kurzen Referat von Endres (München) über die bairischen Gemeindevahlen fand der in Einmütigkeit verlaufene Parteitag sein Ende. —

Der Wahlkampf in der Provinz.

Westeregeln. In der gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde Stellung genommen zur Reichstags- und Landtagswahl. Der Vorsitzende, Genosse Kunze, erörterte an Hand zahlreichen Beweismaterials die Gründe, die zur Auflösung geführt haben. Das Verhalten der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten im letzten Reichstag wurde treffend gekennzeichnet. Sie haben das Parlament des deutschen Volkes herabgewürdigt. Die Anhänger der Deutschnationalen glaubten in der hiesigen Gegend infolge der großen Wirtschaftsnote und Arbeitslosigkeit der werktätigen Bevölkerung besonders forsch auftreten zu können. In einer Versammlung ihrer Getreuen haben sie wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag beschlossen, das Dawes-Gutachten abzulehnen und sind ganz verdattert, daß dabei ihre Fraktion auseinandergefallen ist. Die genasführten Wähler der Deutschnationalen Partei, die die großen Worte ihrer Abgeordneten für bare Münze gehalten haben, schimpfen jetzt über den Verrat ihrer Führer wie die Kohnspäßen. Auch viele Anhänger der kommunistischen Partei sind mit dem Vorgehen ihrer Abgeordneten höchst unzufrieden. Mit Kanderrompeten und Trommpfeifen kann sich nur lächerlich machen, niemals aber Arbeiterinteressen vertreten. In der Diskussion, an der sich die Genossen Schwere, Zimmermann und Schulze beteiligten, kam allgemein die Freude zum Ausdruck über das kluge Verhalten unserer Reichstagsfraktion, das endlich dazu geführt hat, den arbeitsunfähigen Reichstag nach Hause zu schicken. Jetzt hat das Volk das Wort. Jeder hat jetzt die Pflicht, aufläuzend zu wirken. Als erste Wahlarbeit soll sofort eine umfangreiche Agitation für die „Volkstimme“ und für die Partei vorgenommen werden, um die Schlagkraft der Organisation zu erhöhen. In der Versammlung wurden außerdem sämtliche Wahlarbeiten durchberaten. Als Delegierte zum Unterbezirkstag wurden die Genossen Fr. Braun und G. Berg gewählt. Ferner wurde beschlossen, am 9. November abends eine große Festversammlung im Saale von W. Drowes abzuhalten, die von Gesangsvorträgen und Rezitationen der Arbeiterjugend umrahmt sein wird. Nachdem der Kassenbericht vom letzten Quartal erläutert worden war, wurde die vom besten Geiste befeuerte Versammlung mit dem Gelobnis geschlossen, alles daranzusetzen, um der Sozialdemokratischen Partei am 7. Dezember den Sieg zu sichern. —

Urenbje. Ein guter Ausfall zum Wahlkampf war die öffentliche Versammlung, in der Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) sprach. Die Versammelten, die sich aus allen Schichten der Bürgererschaft zusammenschlossen, verfolgten die Rede mit größter Aufmerksamkeit und zollten reichem Beifall. Die Geister, die auch hier stets unsere Partei beschimpfen, hatten es — wie immer — vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die Stimmung in der Versammlung gibt zu den besten Hoffnungen für die Wahl Anlaß. —

Es kommt doch billiger als der Aufenthalt im Gasthaus. . . Ich hab' 's schon gehört meine Liebe, hab' 's gehört! Hast einen guten Kauf gemacht. . . Na ja, bist eben eine die 's versteht! Das will schon was sagen, so ein Geschäft ganz allein zum Abschluß bringen! Bitte schön, tretet näher! Dank Dir, meine Liebe, daß Du wenigstens zufällig an mich gedacht hast.

Während die Tante ihre Begrüßung nicht ohne Ironie hervorbrachte, wartete ich mit Angst und Zittern, bis die Reiche an mich kommen würde.

„Und den Knausen hast Du auch mitgebracht! Na, das ist aber eine Freude! Der wievielste ist es denn? wandte sie sich an mich, sagte mich an den Schuttern und küßte mich mit ihren feinen, harten Lippen.

„Der achte . . . und zu Hause ist noch einer.“

„Ein neunter . . . Ein feiner Kerl, der Bruder Wajilij! Hat schon seine Sechzig auf dem Buckel und macht noch solche Streiche! Da kommt wohl bald noch ein Zehnter, wie? Na, Gott helfe Dir, meine Liebe. Gott helfe Dir! Warte mal, mein Herzchen, laß mal sehn, wem Du ähnlich bist! Na, selbstverständlich, ganz der Bruder Wajilij Porfirjewitsch! Wie aus dem Gesicht geschnitten!“

Sie drehte mich nach dem Lichte hin und betrachtete mich von allen Seiten.

Hier muß ich bemerken, daß derartige Späße mir nichts Neues waren. Sowohl in unserem Haus als bei den Nachbarn ging man mit der weiblichen Ehre nicht eben zart um. Nachbarn und Nachbarinnen verleumdeten einander fast zum Ehrg. Ob diese Verleumdungen auch nur ein Körnchen Wahrscheinlichkeit enthielten, kümmerte keinen Menschen. Der Klatsch ging reichum und bildete zugleich das einzige Gesprächsthema, das allen verständlich war und dem sich in fremdem Haus und am eignen Herd Herren wie Damen, besonders diese, in ihren Ruhestunden mit gleichem Eifer hingaben. Ich für meine Person verstand kaum, was diese Späße eigentlich bedeuteten, hatte mich aber an die Lebensarten so gewöhnt, daß sie mich nicht mehr überraschten.

Meine Mutter aber begriff, daß sie in eine Falle geraten war und daß sie diesen gemeinen Anspielungen im Laufe der ganzen zwei oder drei Stunden ausgesetzt sein werde, in denen unsere Pferde ihre Mutter erhielten. Darum tat sie, ehe sie noch das Haus betreten hatte, sehr eilig und befahl, die Pferde nicht auszuspannen. Die Tante aber wollte von einer baldigen Abfahrt der lieben Verwandten nichts wissen.

„Ach, ach, ach! Du bist wohl gekränkt, meine Liebe!“ rief sie. „An Wegfahren darfst Du mir gar nicht denken, ich lasse Dich einfach nicht fort! Wenn ich etwas gesagt habe, meine Liebe, so hab' ich's in aller Unschuld gesagt! . . . Na also! . . . Ich bin ja so einseitig geworden, so einseitig! Manchmal rede ich das tollste Zeug, an das ich gar nicht gedacht habe — und ich rede und rede! Na, komm nur herein in die Stube, ohne Essen laß ich Dich einfach nicht fort, daran darfst Du nicht einmal denken! Und Du, Kleiner,“ wandte sie sich an mich, „lauf ein bißchen herum, pfück Dir Weeren im Garten, während ich mich mit der Mama unterhalte! Ach, Ihr Lieben! Ach, Ihr Guten! So viele Jahre nicht gesehen!“

(Fortsetzung folgt.)

¹⁾ Aus dem in Heft 10 des „Kreuz-Zeitung“ erschienenen Bandes: „Sabelotje, Geschichten und Märchen“, herausgegeben von Kurt Lohse.

Nachrichten aus der Provinz.

Stadtkreis Burg.

Werblisten für die Notgemeinschaft. Gärtnereibesitzer Gebhardt aus St. Andrä-Wörtern in Niederösterreich, der wiederholt der Notgemeinschaft reiche Spenden zuführte, hat neuerdings wieder 50 Goldmark überreichen, hat neuerdings wieder ein außerordentliches Interesse an der Fortführung unserer Volkshilfe. In der nächsten Zeit wird eine Werbeliste in Umlauf gesetzt werden, und wir hoffen, daß auch die hiesigen Einwohner, soweit sie noch nicht Mitglieder der Notgemeinschaft sind, sich anschließen und das begonnene, dank der Opferfreudigkeit unserer Einwohner, bisher mit Erfolg fortgeführte Liebeswerk durch Zahlung von Mitgliederbeiträgen weiterhin fördern helfen.

Eine wichtige Mitgliederversammlung der Partei findet am Freitagabend 8 Uhr in Kraus' Restaurant statt. Es ist unbedingt erforderlich, daß sämtliche Mitglieder erscheinen. Gleichfalls ist es notwendig, daß sämtliche sozialdemokratischen Sport- und Jugendgenossen erscheinen. Jeder halte sich den Freitagabend frei.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Schwarzweizer Lump. Unter dieser Notiz brachte die deutschnationale „Magdeburger Tageszeitung“ einen Artikel, in dem man sich bemühte, nachzuweisen, daß der Schulkampf, den wir seit gewisser Zeit führen, ein parteipolitischer sei. Dieser Artikel, der beziehungsweise nicht von der Redaktion des deutschnationalen Blattes gedekt wird, wohl weil er ihr nicht soher vorkam, soll doch nur den Zweck haben, die Regierung im Sinne des Stahlhelmschreibers Hüben er zu beeinflussen und ihn in seinem Weibekampf zu unterstützen. Das wird die Elternschaft aber nicht von dem Boden der Sachlichkeit des von ihr geführten Schulkampfs abdrängen. Die Elternschaft lehnt ganz entschieden ab, irgendwelche Parteipolitik in die Schule hineinzutragen. Von keiner Seite kann nachgewiesen werden, daß die für einen bessern geistig-kulturellen Unterricht kämpfende Elternschaft diesen Kampf parteilich geführt hat. Die Gegner des Schulkampfs wollen diesen Kampf zu einem politischen Stempel, weil sich die Mehrheit der Elternschaft aus Sozialdemokraten zusammensetzt! Auf so etwas fallen nur ganz dumme hinein. Es ist der Sozialdemokratischen Partei allezeit zu unterbreiten hat. Wie oft sind nicht schon die Schulen zu politischen Turnplätzen gemacht worden, aber nicht von uns, sondern von der Gegenseite. Wenn in dem Artikel weiter davon gefaselt wird, daß die in Vorjahr gebrauchten Lehrer nur deshalb vertrieben worden, weil sie nicht „die erforderliche politische Eignung zu diesem Unterricht mitbringen“, so ist das eine blöde Verächtlichung, die wir nur niedriger hängen können. Eine Zurechtweisung der Öffentlichkeit wird man mit dem deutschnationalen Artikel nicht erreichen. Die Elternschaft weiß schon was sie sich, der Schule und ihren Kindern schuldig ist. Wesigen diese beiden Lehrer nicht das Vertrauen der Eltern, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld dieser Lehrer. Am übrigen enthält der Artikel des deutschnationalen Blattes noch so viel Unrichtigkeiten, die wir wirklich nicht noch einmal zu widerlegen brauchen. Es wird vom Stahlhelmschreiber Hüben er sicherlich vor Gericht nicht behaupten werden können; daß er sich Kitzhandlungen von Schulkindern hat zuschulden kommen lassen.

Größ-Ottersleben. Mieterprotest. Am Mittwochabend findet in den „Haus-Sälen“ eine wichtige öffentliche Mieterversammlung statt. Es gilt gegen den beachtlichen Mietsucher sowie gegen die Vorseitigung des Reichsmietengesetzes Stellung zu nehmen. Mieter, wacht auf, kommt in die Protestversammlung und kämpft mit gegen die mieterfeindlichen Pläne.

Kein-Ottersleben. Mit der Denkmalsfrage beschäftigte sich eine gut besuchte Einwohnerversammlung am Freitag voriger Woche. Die hiesige Kirchengemeinde will eine Ehrenmal für die im Kriege Gefallenen an der Kirche anbringen lassen. Der Wacker dieses Projekts ist der Stahlhelmschreiber Hüben er; als Vorsitzender im Denkmalsauschuß ist der Werkmeister Albert Hüppuff vorgezogen worden. Der Pastor war brieflich zu der Einwohnerversammlung eingeladen worden, hatte aber abgelehnt. Die übrigen Ausschussmitglieder waren erschienen. Hüppuff versuchte die Sache als ganz unpolitisch hinzustellen, ebenso Lehrer Köhler. Dieser meinte, an der Einweihungsfeier könnten sich alle Parteien beteiligen, jede Partei könne für ihre Angehörigen Kränze und Schleifen in den entsprechenden Farben niederlegen. Als er aber gefragt wurde, ob die Kirchengemeinde die Farben schwarzrotgold und rot auch ferner dort dulden würde, suchte er mit den Schallern. Also bei der Einweihungsfeier will man die Arbeiterchaft haben, damit dieser Akt Bedeutung erhält und das trübliche Interesse gehoben wird, aber fernerhin sollen Andersdenkende dort nichts mehr zu suchen haben. Von mehreren Rednern wurde der Standpunkt der Arbeiterchaft klargelegt. Pastor Köhler warnte die Arbeiterchaft, sich an derartigen Verherrlichung des organisierten Massenmordes in dieser Weise zu beteiligen. Wir Republikaner wollen unsre Toten und auch alle übrigen Kriegsofer ehren, indem wir den Willen zur Tat, zum praktischen Wiederaufbau zeigen, und dafür sorgen, daß nie wieder neues Elend durch das blindwütende Schrecknis des Krieges über die Menschheit kommt. Wenn wir aber das Andenken an unsre Toten vereinnahmen wollen, so schaffen wir auf einem öffentlichen Platz einen einfachen Stein, in dem die Worte tief eingegraben werden: „Krieg dem Kriege! Nie wieder Krieg!“ Viele Genossen haben während des Krieges zum Völkermord angefanert und in allen Ländern, Hüben und drüben, den Zegen des Himmels dazu erfleht. Sie tragen die Missetat an dem Tode von Millionen. Auch jetzt noch predigen angeblich christliche Pfarrer den Völkermord und wollen Deutschland durch diesen Wahnsinn befreien. Auch Pastor Köhler gehört dazu, das zeigen ja seine Reden auf jedem Stahlhelmsammlung. Die Arbeiterchaft lehnt es ab, ihre Toten durch solchen Mann ehren zu lassen. Die Arbeitervereine beteiligen sich nicht an der Sache. Diejenigen Angehörigen, die nicht wünschen, daß die Namen ihrer Toten an der Ehrenmal hängen, müssen sofort Protest dagegen erheben. Eine entsprechende Entschlieung wurde einstimmig angenommen. Von mehreren Rednern wurde das sonstige Gebaren des Pastors Köhler im Ort eingehend beleuchtet. Alle Sitten haben ja bestamtlich einen Hund, auch dieser Seelenhirte ist jetzt stets in Begleitung eines großen Hundes. Dieser Hund war auch der Anlaß, weshalb der Hirte neulich ein paar Kinder auf der Straße obrteigte. Auch im Pastorhaus selbst, wo doch vorbildlich Friede und Eintracht herrschen soll, ist das Gegenteil der Fall. Die hochbetagte, fast blinde Frau seines Amtsvorgängers nebst Tochter wohnen noch im Hause, weil sie bisher bei der jetzigen Wohnungsnot noch keine andre Wohnung erhalten konnten. Man verzeihe sich in die Lage dieser blinden Frau, wenn sie aus dem Haus, in dem sie über 50 Jahre wohnt und wo ihr jeder Winkel und jede Ecke heimlich ist, nun plötzlich hinaus soll, weil der junge

Herr Pastor die Räume für sich benötigt. In dem geräumigen Hause sind acht Zimmer, da haben wohl beide Familien Platz. Noch mehrere andre Fälle zur Charakterisierung dieses sonderbaren Pastors wurden angeführt. Nach Mitteilungen aus seiner nächsten Umgebung ist ihm wiederholt mehr Zurückhaltung nahegelegt worden. Ein erheblicher Teil seiner Anhängerchaft wünscht ihn schon dorthin, wo er hergekommen ist. Nach ergeblicher Aussprache wurde dann noch die politische Situation besprochen. Die Wahl am 7. Dezember geht gegen Schwarzrotgold für Schwarzrotgold. In vorgerückter Stunde fand die sehr interessante Versammlung ihr Ende. Der Arbeitergesangverein gab zu Anfang und Ende der Versammlung ein paar schöne Lieder zum besten.

An die Parteigenossenschaft!

Hiermit berufen wir für Sonntag den 9. November, vormittags 9 Uhr, eine

preussische Landeskonferenz

nach Magdeburg ein. Die Konferenz findet im Lokal von Eduard Holz, Tischlerkrugstraße 21, statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Organisation. Referent Genosse G. Ferl.
2. Die Politik in Reich und in Preußen. Referent Genosse Silber schmidt.
3. Aufstellung der Kandidatenliste für den Preussischen Landtag.

Zur Teilnahme an der Landeskonferenz sind die Delegierten der preussischen Unterbezirke, welche am Bezirksparteitag am 16. März dieses Jahres teilnahmen, berechtigt.

Eine Urwahl in den Ortsvereinen ist infolge der Kürze der Zeit nicht möglich, deshalb hat der Bezirksvorstand die obige Anordnung getroffen.

Außerdem nehmen an der Landeskonferenz teil: die Bezirksauschussmitglieder, die Abgeordneten des Reichstags und der Preussischen Landtags sowie die Vorsitzenden der Presekommissionen der Parteizeitungen der preussischen Kreisgebiete des Bezirksverbandes. Den Verlagen der Parteizeitungen steht das Recht zu, auf ihre Kosten Vertreter der Geschäftsleitungen und Redaktionen zu den Verhandlungen zu entsenden. Alle stimmberechtigten Mitglieder der Landeskonferenz erhalten vom Bezirksvorstand ein Mandat, welches am Saaleingang gleichzeitig mit dem Mitgliedsbuch als Ausweis gilt.

Die Unterbezirksvorstände sind aufgefordert, sofort Vorschläge für die Kandidatenliste zur preussischen Landtagswahl zu machen. Die Landeskonferenz wird alsdann endgültig entscheiden.

Der Bezirksvorstand. J. M.: Gustav Ferl.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dahlenwarzleben. Die Gemeindevertreter wählten in den Schulvorstand die Bürgerlichen Otto Haase, Karl Tübener und Richard Schmidt und unsere Genossen Otto Krause und Wilhelm Liermann. Bei der Beratung des Antrags der Bürgerlichen, Kontrolluhren für den Nachwachsmann anzuschaffen, erklärte der bürgerliche Sattlermeister Mahlfeld: „Wir Bürgerlichen haben zu bestimmen.“ Ferner wurde beschloffen, die Straße nach Ebdorf und Gerzorf wieder mit Bäumen zu bepflanzen. Dann wurde mehreren Haftpflichtversicherungen zugestimmt. Da machte der jetzige bürgerliche Gemeindevorsteher dem früheren Gemeindevorsteher Genossen Krause den Vorwurf, er hätte die Versicherung eigenmächtig abgeschlossen, ohne die Gemeindevertretung befragt zu haben. Diese Behauptung wurde von unsern Genossen widerlegt und die Versicherung als unwarh zurückgewiesen. Besonders bemerkbar macht sich immer der bürgerliche Vertreter Otto Haase dadurch, daß er bei jeder Gelegenheit zur Geschäftsordnung reden will, aber niemals von seinem bürgerlichen Vorsteher das Wort erhält. Kennt ihn der Vorsteher so genau oder warum erhält Haase das Wort nicht?

Neuhaldensleben. Bildungsarbeit des Ortsauschusses. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß morgen (Mittwoch) abend Punkt 7 Uhr die Vorträge über die „Geschichte des Völkertums“ im Gymnasium beginnen. Der Kurzus über „Deutsche Rechtschreibung“ beginnt am Donnerstag abend pünktlich 7½ Uhr in der Mittelschule 1. Klassenstufe. Die Zahlung der Militärenten findet am Mittwoch den 20. Oktober von 9 bis 11 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags, und die Zahlung der Unfall- und Invalidenrenten und so weiter am 1. November ebenfalls von 9 bis 11 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags im hiesigen Postamt statt. Von einem Industrieleise. Vom Bezirksauschuss ist die Genehmigung zur Ausführung von Vorarbeiten zum Bau eines vollwertigen Industrieleises in Neuhaldensleben erteilt worden. Die Genehmigung schließt in sich, daß die Landanlieger, welche nicht gewillt sind, in Güte ihren Grund und Boden zur Verfügung zu stellen, enteignet werden können. Für die Landanlieger ist es daher notwendig, die nähere Genehmigungsbedingungen, welche im Rathaus, Zimmer 13, ausliegen, einzusehen.

Neuhaldensleben. Friede im Baugewerbe. Ein wochenlanger Kampf im Baugewerbe, welcher allerdings ohne Arbeitseinstellung in Neuhaldensleben geführt wurde, hat nunmehr seinen Abschluß gefunden. Nachdem durch bezirkliche Regelung Neuhaldensleben in die Lohngruppe 3 eingruppiert war, zogen es die hiesigen Bauhandwerker vor, sich außerhalb Arbeit zu suchen, dadurch waren die hiesigen Unternehmer ohne Arbeitskräfte. Als nunmehr diese einsehen, daß die Forderung der Bauarbeiter auf Eingruppierung in Gruppe 2 gerechtfertigt ist, haben sie dieser Forderung entsprochen. Jetzt ist Neuhaldensleben in Lohngruppe 2 des Bezirkslohntarifs eingruppiert. Eine gut besuchte Versammlung der Baugewerkschaft Neuhaldensleben nahm am Sonntag zu der Lohnfrage Stellung. Es wurde beschloffen, daß die Bauarbeiter, welche außerhalb Arbeit angenommen haben, sich den Neuhaldensleber Unternehmern wieder zur Verfügung stellen sollen. Mit dieser Regelung dürfte vorläufig Friede im Baugewerbe eingetreten sein.

Kreis Kalbe.

Kalbe. Vom städtischen Wohlfahrtsamt. Die noch nicht eingelösten und noch nicht abgeholt Kohlenkarten behalten ihre Gültigkeit weiter. Diese Woche werden an Armengeldempfänger und erwerbsunfähige Tuberkulosekranke Kohlen verausgabt, und zwar am kommenden Sonnabend von 9 bis 11 Uhr im städtischen Kohlenhuppen am Anger. Bis jetzt sind 5000 Zentner Kohlen an Sozial- und Kleinrentner ausgegeben. Verbilligtes Holz wird im November zur Ausgabe gelangen. Früher

wurden zur Deckung der Kosten der Weihnachtsbescherungen Konzerle veranstaltet und die Einnahmen der Armenverwaltung zur Verfügung gestellt. Jetzt soll erit erwogen werden, ob Konzerle stattfinden oder ob amtliche Sammelisten den Spendern unserer Armen beigelegt werden sollen. Jeder hat seine eigene Sorge und seine eigene Last. Das Los derer, für die gesammelt werden soll, ist aber nicht leicht zu tragen. Unsere Einwohnerchaft hat in der Zeit der Not noch niemals versagt, und es sei deshalb die Bitte ausgesprochen, weiter zu helfen, damit den Armen die bisherige dauernde Fürsorge nicht verlagert zu werden braucht. Die Gewerkschaft Wolf hat der Notgemeinschaft 800 Zentner Briete kostenlos zur Verfügung gestellt. Ein Schadenfeuer war am Sonntag abend beim Zimmermann Wilhelm Wafmann, Hospitalstraße, ausgebrochen. Die Werkstätte mit sämtlichem Inhalt, auch fertigen Möbeln, brannte vollständig nieder. Auch von dem auf dem Grundstück gelagerten Holzfuß konnte nichts gerettet werden. Da der Inhalt nur teilweise versichert war, ist dem Betroffenen ein erheblicher Schaden erwachsen.

Pr. Wörneke. In der Parteiversammlung gab Genosse Hermann Meiners den Kasfenbericht. Als Delegierter zur Unterbezirkskonferenz in Quedlinburg wurde Genosse Gustav Knopf gewählt. Ferner werden noch einige Genossen als Gäste an der Konferenz teilnehmen. Den Bericht von der Gemeindevorsteher-Sitzung gab Genosse Friedrich Kötz. In längeren Ausführungen ging er besonders auf die Gemeindevorsteherwahl ein. Das Jahr 1924 ist ein Krisenjahr und wird es wohl auch bleiben. Die Gemeindevorsteherwahl hat klar erwiesen, daß die Zusammenziehung des Gemeindeparlamentes keine nutzbringende Tätigkeit für die arbeitende Bevölkerung leisten kann. Infolgedessen ist unsere Forderung gezeugen, ihre bisherige Taktik aufzugeben. Genosse Friedrich Knopf ging nach Behandlung von Gemeindefragen noch auf die bevorstehenden Wahlen ein. Zu den Wahlen am 7. Dezember müssen die Parteigenossen noch mehr Tätigkeit entfalten als bei den letzten Wahlen. Wir müssen unserer Partei, der Partei der Vernunft, restlos zum Siege verhelfen. Um Irrtümer zu vermeiden, sei unsern Wählern mitgeteilt, daß die Hauszinssteuer keine Gemeinde-, sondern eine Staatssteuer ist. Die Gemeinde bekommt von dieser Steuer keinen Pfennig. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß unserer Parteipresse noch mehr Beachtung geschenkt werden muß. Es darf nicht angehen, daß in einem Arbeiterhaushalt eine bürgerliche Zeitung gehalten wird, zumal festgestellt worden ist, daß in der bürgerlichen Presse entstellte örtliche Berichte erscheinen. Gerade jetzt ist es Zeit, daß diese bürgerlichen Zeitungen abbestellt werden und dafür die „Volksstimme“ gehalten wird. Jetzt, wo die Wahlen vor der Tür stehen, ist es dringend notwendig, daß die Parteigenossen eifriger an Parteifesten teilnehmen und vor allen Dingen die Versammlungen reger besuchen.

Stahfurt. Einen Straßenauflauf verursachte am Freitag abend in angegrunktem Zustand ein junger Mann, welcher mit einem Straßenposten der Schutzpolizei ohne äußeren Anlaß Streit anfang, den Beamten beschimpfte und schließlich tätlich gegen ihn wurde. Bei dem Aufritt hatte sich, wie das meiste geschieht, eine große Menschenmenge angeammelt, welche bei der Teilnahme des Rowdis sich dem Beamten hindernd in den Weg stellte, obgleich dieser sich äußerst taktvoll benahm. Der Vorfall dürfte nicht ohne Folge bleiben. — Im Gegensatz zu diesem korrekten Auftreten dieses Polizeibeamten zeigte ein anderer eigenartige Dienstauffassung auf dem hiesigen Bahnhof. Ein Reisender, welcher unter den Einwirkungen des Alkohols ein Wagenabteil des Zuges betreten wollte, wurde aus diesem herausgeholt und von dem Beamten der Bahnhofsache zitiert. Bei den Auseinandersetzungen gingen nicht nur dem angeheulerten Reisenden, sondern auch dem Beamten die Nerven durch, und nach verschiedenen Verhandlungen wurde bei Feststellung der Personalkarte der Reisende von dem Beamten niedergeschlagen, so daß er benennungslos liegenblieb. Soweit wir unterrichtet sind, soll es sich um einen Geschäftsmann aus Verhburg handeln.

Stahfurt. Reichsbanner und Wahlkampf. Die Reichsbanner-Ortsgruppe Stahfurt-Leopoldshall hielt im Lokal von Klinglich ihre gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung einiger Eingänge und Anfragen und der Erörterung aller den weiteren Ausbau der rüftig fortgeführten Organisations betreffenden Angelegenheiten wurde zu den für den Winter vorgesehenen Veranstaltungen Stellung genommen. Der Beschluß des Vorstandes, aller 14 Tage eine Theateraufführung zu veranstalten, wird gutgeheißen. Die Erledigung einer Anregung, den im Film festgehaltenen republikanischen Tag in Dessau im Kino vorzuführen, wurde einer Kommission übertragen. Allgemeine Zustimmung fand der Vorschlag, am 1. November ein Herbstvergüngen in den Räumen des Logenhauzes abzuhalten. Dann wurde die Stellung des Reichsbanners im Wahlkampf besprochen. Die einleitenden Worte des Kameraden Adam besagten folgendes: Das Reichsbanner ist nach seiner Satzung, seinem Wesen und seiner Einstellung eine neutrale, überparteiliche Organisation, wofür schon die Zusammenziehung der Bundesleitung und des Reichsausschusses bürgt. Namhafte Persönlichkeiten und führende Politiker des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokratie bieten hierfür die Gewähr. Viele Demokraten und Zentrumsanhänger haben sich bisher von dem Schutze der Republik ferngehalten und ihn der Sozialdemokratie allein überlassen. Sie sollten endlich erkennen, daß sie sich einreihen müssen in die Kampffront gegen die Monarchie. Es geht in diesem Wahlkampf um die Entscheidung: „Dort Monarchie und Reaktion unter Schwarzweizer, hier Republik und Demokratie, Freiheit und Fortschritt unter Schwarzrotgold.“ Das Reichsbanner steht auf Anforderung allen republikanischen Parteien für den Wahlkampf zur Verfügung; besonders aber ist jedes Reichsbannermitglied während des Wahlkampfes natürlich derjenigen Partei zur Wahlarbeit verpflichtet, zu der ihn seine politische Überzeugung geführt hat. Wendigt daher die Zentrumspartei z. B. das Reichsbanner für den Wahlkampf zu, so steht die Ortsgruppe geschlossen dafür zur Verfügung, während die im Reichsbanner organisierten Zentrumsanhänger die besondere Verpflichtung für alle Wahlarbeit ihrer Partei haben. Dasselbe trifft natürlich auch für die demokratische Partei und die Sozialdemokratie zu. Das Reichsbanner wird im Wahlkampf seinen Mann stehen und dem republikanischen Gedanken zum Siege verhelfen. Die Ausführungen fanden in kurzer Aussprache allseitige Zustimmung. Erhebternd wirkten einige von dem Kameraden Gropf, Wiczorowski und Adam vorgetragene Episoden aus dem letzten Wahlkampf und eine Charakteristik durch den Kameraden Mehendriech über die Persönlichkeiten für die bevorstehenden Wahlen im gegnerischen Lager. Kamerad Milowski betonte, daß aus Zentrumstreifen noch eine große Anhängerzahl für das Reichsbanner gewonnen werden wird. — Zum Gaudium in Magdeburg wird gemäß Bundesatzung Kamerad Mehendriech delegiert, während an der Kreisleiteritzung Kamerad Adam teilnimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde mit einigen Neuaufnahmen die von gutem Geiste getragene Versammlung geschlossen.

Achtung beim Einkauf!

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI'S Würze** und achte auf den Namen **MAGGI** und die gelb-roten Etiketten.

Die beste Garantie der Echtheit ist der Einkauf einer grossen Originalflasche zu Gm. 5.—, deren Verschluss plombiert ist.



Jeder Arbeiter liebt den proletarischen **Roamos Urania** Zu beziehen durch die Buchhandlung **Volksstimme** Magdeburg.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“

